



Sonja Zmerli | Ofer Feldman [Hrsg.]

# Politische Psychologie

Handbuch für Wissenschaft und Studium

2. Auflage



**Nomos**  
Handbuch

Die Reihe „Politische Psychologie:  
Themen, Herausforderungen, Perspektiven“  
wird herausgegeben von

Prof. Dr. Ofer Feldman, Kyoto  
Prof. Dr. Sonja Zmerli, Grenoble

Band 1

Sonja Zmerli | Ofer Feldman [Hrsg.]

# Politische Psychologie

Handbuch für Wissenschaft und Studium

2., aktualisierte und erweiterte Auflage



**Nomos**  
Handbuch

© Titelbild: mstay, istockphoto.com

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7629-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-1012-1 (ePDF)



Onlineversion  
Nomos eLibrary

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort zur 2., aktualisierten und erweiterten Auflage

Sechs Jahre nach der Veröffentlichung unseres deutschsprachigen Handbuchs der Politischen Psychologie erscheint die Zeit nun nicht nur reif, dessen Einzelbeiträge zu aktualisieren und thematisch zu erweitern, sondern auch angemessen, es angesichts der nach wie vor unseren Alltag bestimmenden Covid-19-Pandemie um ein Kapitel zur Resilienz zu erweitern.

Was als vergleichsweise kurze Zeitspanne bewertet werden und dadurch die Frage nach der Notwendigkeit einer zweiten Auflage eines Grundlagenwerkes wie diesem Handbuch aufwerfen könnte, brachte eine unvorhersehbare Fülle an nachhaltigen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen mit sich, zu deren besseren Verständnis insbesondere Erklärungsansätze aus der Politischen Psychologie verhelfen können.

In vielerlei Hinsicht sehen sich derzeit weltweit vermeintlich etablierte demokratische Gesellschaften neuen Herausforderungen gegenüber, die von gesellschaftlicher Polarisierung, dem Aufkommen und Erfolg populistischer Parteien und Führer, Desinformationskampagnen und sogenannten Filterblasen in sozialen Netzwerken oder auch Wissenschaftsfeindlichkeit im Zuge der Covid-19-Pandemie geprägt sind. Dass die Entstehung dieser und ähnlicher Phänomene nicht allein auf rationale Bewertungen und Überlegungen von Bürgerinnen und Bürgern und deren Entscheidungsfindungen zurückzuführen ist, liegt aus unserer Sicht auf der Hand, unterstreicht aber gleichzeitig einerseits die Grenzen ‚klassischer‘ politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze und andererseits die Notwendigkeit, auf psychologische und sozialpsychologische Konzepte, Theorien und Methoden zum besseren Verständnis zurückzugreifen.

Diesen nachhaltigen Veränderungen und dem daraus deutlich erkennbar resultierenden Bedürfnis nach Antworten möchte diese 2., aktualisierte und erweiterte Auflage Rechnung tragen. Wir verbinden dies gleichsam mit der Hoffnung, der Politischen Psychologie auch im deutschsprachigen Raum ein noch deutlich sichtbareres Profil zu verleihen. Die Realisierung dieses Publikationsprojektes wäre allerdings ohne die beispielhafte Kooperation unserer Autorinnen und Autoren nicht möglich gewesen, denen wir fraglos zu besonderem Dank verpflichtet sind.

Widmen möchten wir diese zweite Auflage Akim, Akifumi und Asaya – Vertretern der jüngeren Generationen, auf deren Schultern einige unserer Hoffnungen für die Zukunft ruhen mögen.

Grenoble und Kyoto im Dezember 2021

Sonja Zmerli und Ofer Feldman

## Vorwort

Als erstes umfassendes deutschsprachiges Grundlagenwerk eröffnet die vorliegende Publikation *Politische Psychologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium* die von den Herausgebern dieses Bandes ebenfalls verantwortete internationale Schriftenreihe *Politische Psychologie: Themen, Herausforderungen, Perspektiven*.

Mit der Herausgeberschaft dieser Schriftenreihe verbinden wir das Ziel, ein weithin sichtbares interdisziplinäres Forum zu etablieren, das insbesondere im deutschsprachigen Raum zur Intensivierung des fachlichen Austauschs ausgewiesener Expertinnen und Experten der Politischen Psychologie sowie vielversprechender Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler beiträgt.

Im Mittelpunkt dieser Reihe stehen politisch-psychologische Studien verschiedener Disziplinen, darunter der Politikwissenschaft, der Internationalen Beziehungen, der Sozialpsychologie oder der Psychologie, die sich mit der Vielfalt psychologischer Prozesse befassen, die der Formierung politischer Einstellungen und politischem Verhalten zugrunde liegt. Auf diese Weise sollten sich neue Wege erschließen, die zum Verständnis der zentralen Rolle von Gruppen und Individuen in politischen Aushandlungsprozessen sowie der Wirkungen von Persönlichkeit, politischen Einstellungen, Lern-, Kommunikations- und Informationsverarbeitungsprozessen auf politisches Handeln beitragen.

Obwohl gerade in jüngster Zeit im deutschsprachigen Raum ein zunehmendes wissenschaftliches Interesse an Fragestellungen und Erklärungsansätzen der Politischen Psychologie zu verzeichnen ist, wie nicht zuletzt ein deutlicher Anstieg politisch-psychologischer Forschungsarbeiten und Publikationen belegt, wird dieser Teildisziplin hierzulande nach wie vor weniger Beachtung geschenkt als im internationalen Wissenschaftsdiskurs. Dies ist umso bemerkenswerter, als die theoretischen Ursprünge der Politischen Psychologie vielfach auf deutschsprachige Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts zurückgehen.

Mit der Absicht, politisch-psychologische Fragestellungen und Erklärungsansätze wieder stärker in den hiesigen Lehr- und Forschungskanon zu verankern, knüpft unsere Schriftenreihe an deren ursprüngliche Bedeutung an. Diesem Anliegen ist auch das vorliegende Handbuch gewidmet, das erstmals in deutscher Sprache grundlegende Begriffe, Konzepte und Theorien der Politischen Psychologie vorstellt, deren thematische Bandbreite skizziert und wesentliche empirische Befunde, nicht zuletzt anhand deutscher empirischer Studien, erörtert und somit als Einladung an alle Interessierten der Politischen Psychologie verstanden werden kann, am Wissenszuwachs politisch-psychologischer Forschung mitzuwirken.

Namhafte deutschsprachige und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Politischen Psychologie konnten für dieses Buchprojekt als Autorinnen und Autoren gewonnen werden. Mit den Übersetzungsarbeiten der ursprünglich in englischer Sprache verfassten Beiträge der internationalen Autorinnen und Autoren wurden die Übersetzungsbüros Über3Seiten, Bonn sowie Prologos, Köln, beauftragt, die mit viel sprachlichem Feingefühl, Sachverstand und Engagement die Publikation dieses deutschsprachigen Grundlagenwerkes unterstützten.

Ofer Feldman und Sonja Zmerli

---

Unser Dank gilt zudem Marcel Mertlik und Manuel Schießmann, deren Sorgfalt und Einsatz einen maßgeblichen Beitrag im Rahmen der Redaktion und Formatierung dieses Handbuchs leisteten.

Publikationen der Schriftenreihe „Politische Psychologie: Themen, Herausforderungen und Perspektiven“ können in deutscher, englischer oder französischer Sprache verfasst sein und wenden sich somit gleichermaßen an eine deutschsprachige und internationale Leserschaft. Angesichts dieser internationalen Ausrichtung sind wir als Reihenherausgeber zuversichtlich, dass sich unsere Schriftenreihe für Interessierte der politischen Verhaltens- und Einstellungsforschung zukünftig als wertvolle Referenz erweisen wird.

Kyoto und Frankfurt am Main im August 2015

Ofer Feldman und Sonja Zmerli

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	11
Tabellenverzeichnis .....	12
I. Politische Psychologie: Eine Einführung .....	13
<i>Ofer Feldman und Sonja Zmerli</i>	
II. Was ist Politische Psychologie? .....	23
<i>Peter Suedfeld und Rajiv S. Jhangiani</i>	
III. Geschichte und institutionelle Entwicklung der Politischen Psychologie in Deutschland .....	39
<i>Franziska Deutsch und Klaus Boehnke</i>	
IV. Persönlichkeit und Politik .....	61
<i>Christian Kandler, Rainer Riemann und Anke Hufer-Thamm</i>	
V. Politische Sozialisation .....	83
<i>Susanne Rippl, Christian Seipel und Angela Kindervater</i>	
VI. Informationsverarbeitung und Entscheidungsfindung .....	103
<i>Michael F. Meffert und Sonja Zmerli</i>	
VII. Wahlverhalten und politische Einstellungen .....	127
<i>Sascha Huber und Markus Steinbrecher</i>	
VIII. Politische Ideologien .....	149
<i>Tobias Rothmund und Kai Arzheimer</i>	
IX. Autoritarismus .....	175
<i>Christian Seipel, Susanne Rippl und Angela Kindervater</i>	
X. Politische Führung .....	199
<i>Henrik Gast und Simon Bein</i>	
XI. Biologische Grundlagen politischen Handelns und politischer Einstellungen .....	229
<i>Rainer Riemann und Christian Kandler</i>	
XII. Politische Rhetorik .....	251
<i>Ofer Feldman</i>	

Inhaltsverzeichnis

---

XIII. Massenmedien und öffentliche Meinung .....	273
<i>Jürgen Maier und Anna-Maria Renner</i>	
XIV. Politische Psychologie von Gruppen .....	295
<i>Bernhard Leidner, Linda R. Tropp, Brian Lickel und Mengyao Li</i>	
XV. Intergruppenvorurteile und Stereotype .....	315
<i>Leonie Huddy, Raynee Gutting und Stanley Feldman</i>	
XVI. Kultur und Politische Psychologie .....	337
<i>Katja Hanke und Franziska Deutsch</i>	
XVII. Die Politische Psychologie des Terrorismus und gewalttätigen Extremismus .....	357
<i>Michaela Pfundmair und Jerrold M. Post†</i>	
XVIII. Politische Psychologie der Internationalen Beziehungen .....	385
<i>Cornelia Frank</i>	
XIX. Politische Psychologie internationaler Sicherheit und Konflikte .....	411
<i>Cornelia Frank</i>	
XX. Stablen und dauerhaften Frieden schaffen .....	431
<i>Soli Vered und Daniel Bar-Tal</i>	
XXI. Politische Psychologie und Resilienz .....	453
<i>Shaul Kimhi und Yohanan Eshel</i>	
Schlussbetrachtung .....	463
<i>Sonja Zmerli</i>	
Die Autorinnen und Autoren .....	465
Sachregister .....	469
Personenregister .....	475

## IV.

### Persönlichkeit und Politik

*Christian Kandler, Rainer Riemann und Anke Hufer-Thamm*

#### 1. Einleitung

Politische Entscheidungen sowie politisches Denken und Handeln werden von vielen äußeren Faktoren bestimmt. Dazu gehören Bildung, Medien, Religionszugehörigkeit, die Mitgliedschaft in einer sozialen Großgruppe, wichtige Bezugspersonen oder gar das Umfeld, in dem man aufgewachsen ist. Zum Beispiel tendieren gebildete Wähler dazu, die Partei der Grünen zu präferieren, weniger gebildete hingegen rechtsextreme Parteien. Eine rot-grüne Koalition sowie extreme Parteien (d. h. extreme Rechte oder Linke) haben vergleichsweise mehr Wähler in der städtischen Bevölkerung, wohingegen Christdemokraten und konservative Parteien Vorteile auf dem Lande genießen (Schmitt, 2001; vgl. Rippl, Seipel, & Kindervater, Kapitel 5 im vorliegenden Band).

Unterschiede im politischen Interesse und Verhalten sowie in ideologischen Vorstellungen – etwa wie intensiv sich Menschen mit Politik befassen, wie stark sie die Möglichkeit zur politischen Beteiligung nutzen oder für welche Partei sie sich entscheiden – können jedoch auch zu einem gewissen Grad durch personeninhärente Merkmalsunterschiede, zum Beispiel durch Unterschiede in der Persönlichkeit zwischen Menschen, beschrieben oder sogar erklärt werden (Schoen, 2012). Schon in der Antike beschrieb und unterschied Aristoteles politische Führer anhand von bestimmten Personenmerkmalen wie Tugendhaftigkeit, Charisma, Mut und moralischen Wertvorstellungen. Mitte des vergangenen Jahrhunderts wurde vor dem Hintergrund der Erklärung des Aufkommens des Nationalsozialismus und des Antisemitismus der Idee des Zusammenhangs zwischen Persönlichkeit und politischem Handeln erneut große Aufmerksamkeit gewidmet (z. B. Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson, & Sanford, 1950; vgl. Seipel, Rippl, & Kindervater, Kapitel 9 im vorliegenden Band). Jedoch erlangte die empirische Untersuchung dieses Zusammenhangs erst in den letzten beiden Jahrzehnten größere wissenschaftliche Bedeutsamkeit.

Das vorliegende Kapitel liefert einen Überblick über verschiedene Theorien und empirische Befunde zu der Rolle von Persönlichkeitseigenschaften im Zusammenhang mit ideologischen Orientierungen, Parteipräferenzen, politischem Interesse und politischer Partizipation. Im Folgenden werden zunächst die Grundbegriffe und Kernkonzepte der Persönlichkeitspsychologie eingeführt, um darauf aufbauend eine Brücke zur Politischen Psychologie zu schlagen.

#### 2. Persönlichkeit und Persönlichkeitscharakteristiken

Der Begriff „Persönlichkeit“ ist nach wie vor nicht eindeutig und allgemeingültig definiert. Vor dem Hintergrund einer breiten Vorstellung kann „Persönlichkeit“ verstanden werden als Gesamtheit aller Charakteristiken, die relativ stabile Muster des Fühlens, Denkens, Strebens

und Verhaltens reflektieren und durch die sich eine Person mehr oder weniger von anderen in einer bestimmten Referenzpopulation (z. B. Altersgruppe oder Kulturkreis) unterscheidet (Kandler, Zimmermann, & McAdams, 2014). Wird beispielsweise eine Person als konservativ beschrieben, ist damit gemeint, dass sie mehr an starren Strukturen und festen Regeln festhält als andere Personen ihrer Referenzgruppe. Menschen unterscheiden sich in ihren Interessen, ihren Wertvorstellungen oder auch in ihrem politischen und sozialen Engagement durchaus deutlich voneinander. Diese zwischenmenschlichen Unterschiede weisen eine gewisse Stabilität auf. Im Sinne eines breiten Persönlichkeitsverständnisses wären also auch Interesse an Politik, ideologische Wertvorstellungen und politische Partizipation (d. h. sich politisch engagieren oder zur Wahl gehen) ein Teil der Persönlichkeit von Menschen.

Üblicherweise wird Persönlichkeit enger gefasst. Persönlichkeitsunterschiede werden meist anhand eines kleinen Satzes von Kerncharakteristiken beschrieben, durch die eine große Bandbreite stabiler Unterschiede in personentypischen Denkmustern, Emotionen und Handlungen abgeleitet werden kann. Kerncharakteristiken werden oft als zentrale Eigenschaften oder Verhaltenstendenzen bezeichnet, die konsistent über verschiedene Situationen und relativ stabil über die Zeit in Erscheinung treten (Allport, 1937, 1966). Obwohl verschiedene Persönlichkeitsforscher bezüglich der Anzahl von Persönlichkeitseigenschaften, die notwendig sind, um den Kern der individuellen Persönlichkeit zu charakterisieren, nicht übereinstimmen, sind sie sich zumindest darin einig, dass eine begrenzte Anzahl von Eigenschaftsdimensionen zur Beschreibung individueller Unterschiede ausreicht (Cattell, 1965; Eysenck, 1970; McCrae et al., 2000).

Seit den 1990er Jahren hat sich die „Big Five“-Taxonomie bzw. das Fünf-Faktoren-Modell als ein sehr einflussreiches konzeptuelles Modell herauskristallisiert, welches individuelle Unterschiede in Persönlichkeitseigenschaften anhand von fünf Dimensionen abbildet (Digman, 1990; John, Naumann, & Soto, 2008). Wengleich die fünf Dimensionen nicht immer einheitlich bezeichnet wurden, werden sie im deutschen Sprachraum häufig mit folgenden Begriffen betitelt: (1) *Neurotizismus*, (2) *Extraversion*, (3) *Offenheit für Erfahrungen*, (4) *Verträglichkeit* und (5) *Gewissenhaftigkeit*.

*Neurotizismus* beschreibt eine Dimension von emotionaler Labilität hin zu emotionaler Stabilität.<sup>1</sup> Emotional labile Personen lassen sich leicht aus dem seelischen Gleichgewicht bringen, sie berichten häufiger negative Gefühlszustände wie Trauer, Enttäuschung und Angst. Emotionen können sie nur schwer kontrollieren. Diese zunächst sehr negativ erscheinenden Merkmale, die mit Neurotizismus verbunden sind, bringen jedoch auch positive Aspekte einer Persönlichkeit mit sich. Da emotional instabilere Personen empfänglicher für emotionale Reize sind, sind sie in der Regel auch empathischer als andere Menschen. Emotional stabile Personen sind hingegen gefühlsmäßig gefestigter und lassen sich kaum aus der Ruhe bringen. Sie sind eher ruhig, ausgeglichen und sorgenfrei.

*Extraversion* beschreibt eine Dimension von Extravertiertheit bis Introvertiertheit. Extravertierte können als gesellig, selbstsicher und optimistisch charakterisiert werden. Sie haben ein hohes Bedürfnis nach sozialer Interaktion, sind aktiv, energisch und lieben Aufregungen. Intro-

---

1 In seiner gegenläufigen Ausprägung wird Neurotizismus vielfach auch als Emotionale Stabilität bezeichnet.

vertierte hingegen sind zurückhaltend und umgeben sich lieber mit weniger Menschen. Sie denken ausgiebig über Dinge nach, bevor sie handeln.

Mit *Offenheit für Erfahrungen* wird das Ausmaß der Beschäftigung mit neuen Erfahrungen, Erlebnissen und Eindrücken zum Ausdruck gebracht. Personen mit hoher Offenheit sind an vielen persönlichen und öffentlichen Vorgängen interessiert. Sie erproben neue Handlungsweisen, bevorzugen Abwechslung und neigen zu abstraktem Denken. Sie öffnen sich neuen Ideen, Phantasien und sind intellektuell und künstlerisch interessiert. Personen mit weniger Offenheit neigen demgegenüber eher zu konventionellen Verhaltensweisen. Sie ziehen Bekanntes und Bewährtes dem Neuen vor und neigen zu konkretem Denken.

Die Dimension *Verträglichkeit* beschreibt Persönlichkeitsunterschiede in Bezug auf interpersonelles Verhalten. Verträgliche Personen sind warmherzig, hilfsbereit und begegnen anderen Menschen mit Verständnis, Wohlwollen und Mitgefühl. Sie neigen zu zwischenmenschlichem Vertrauen, zu Kooperation und Nachgiebigkeit. Unverträgliche Personen sind hingegen eher antagonistisch, egozentrisch und misstrauisch den Absichten anderer Menschen gegenüber. Sie sind wettbewerbsorientiert, kämpfen für ihre Interessen und verteidigen ihre Ansichten.

Mit der Dimension *Gewissenhaftigkeit* ist das Ausmaß organisierten Verhaltens und der Leistungsbereitschaft gemeint. Gewissenhafte Personen sind diszipliniert, sorgfältig, zuverlässig und erfolgsorientiert. Sie haben ein hohes Maß an Kontrollbedürfnis und Verantwortungsbewusstsein. Weniger gewissenhafte Menschen handeln eher unachtsam und unüberlegt. Sie haben ein geringeres Verantwortungsgefühl anderen und sich selbst gegenüber und machen leichter Fehler.

Das Fünf-Faktoren-Modell hat sich in der Tat als ziemlich robust herausgestellt. Es porträtiert Eigenschaftsbegriffe aus verschiedenen Sprachen und Kulturen einheitlich und integriert verschiedene alternative Modelle und Messmethoden zur Erfassung und Beschreibung von Persönlichkeitsunterschieden (siehe John et al., 2008). Individuelle Unterschiede hinsichtlich der fünf Persönlichkeitseigenschaften sind ziemlich konsistent über die Zeit und über verschiedene Situationen, sie sind größtenteils auf genetische Unterschiede zwischen Menschen zurückzuführen und können verschiedene Gewohnheiten und Verhaltensmuster vorhersagen (Borkenau, Riemann, Spinath, & Angleitner, 2006; Kandler, Bleidorn et al., 2010; Roberts, Kuncel, Shiner, Caspi, & Goldberg, 2007; Terracciano, Costa, & McCrae, 2006). Nicht zuletzt aus diesen Gründen werden individuelle Eigenschaftsausprägungen auf den fünf Persönlichkeitsdimensionen häufig als Kern der individuellen Persönlichkeit verstanden – die essentielle Basis individueller Persönlichkeitsunterschiede, die genetisch verankert und früh in der Entwicklung beobachtbar ist (McAdams & Pals, 2006; McCrae & Costa, 2008).

Von Persönlichkeitseigenschaften werden spezifischere Merkmale und Verhaltensmuster unterschieden, von denen angenommen wird, dass diese stärker von situativen, sozialen und kulturellen Einflüssen geprägt und folglich auch weniger stabil über Situationen und Zeit sind als Kerncharakteristiken (Asendorpf & van Aken, 2003). Einige Theorien betrachten solche Merkmale als charakteristische Anpassungen der fünf Persönlichkeitseigenschaften, d. h. als Produkte aus Wechselwirkungen mit individuellen Erfahrungsumwelten (McCrae, 2009), die sich folglich erst nach den Kerncharakteristiken entwickeln (McAdams & Olson,

2010). Als typische Beispiele für solche charakteristischen Anpassungen werden nicht selten Wertorientierungen, Einstellungen und Interessen genannt (McCrae & Costa, 2008). Der Begriff „Wert“ wird häufig dafür herangezogen, um Bewertungen oder Ziele abstrakter Entitäten zu beschreiben, wie ein Prinzip oder ein Standard (z. B. Gleichheit oder Autonomie), wohingegen der Begriff „Einstellung“ vielmehr als Beschreibung der persönlichen Bewertung einer spezifischen Sache, eines Objektes oder einer anderen Person herangezogen wird. „Interessen“ sind verglichen mit Wertorientierungen und Einstellungen verhaltensnäher. Sie repräsentieren Motivationen für Aktivitäten hinsichtlich eines spezifischen Sachverhaltes oder in Bezug auf ein bestimmtes Objekt der Erfahrung.

Die Persönlichkeit einer erwachsenen Person kann also anhand eines kleinen Satzes von Persönlichkeitseigenschaften im Sinne des Fünf-Faktoren-Modells beschrieben werden und anhand einer Reihe von spezifischeren psychologischen Charakteristiken, welche in systematischer Weise mit den fünf Kerncharakteristiken in Verbindung stehen, genauer individualisiert werden. Insofern können Persönlichkeitseigenschaften konzeptuell von ideologischen Wertvorstellungen (z. B. Rechts- oder Links-Orientierungen), politischen Einstellungen (z. B. Befürwortung des Umweltschutzes) sowie von politischen Interessen und Verhalten (z. B. soziales Engagement und Wahlverhalten) unterschieden werden. Vor dem Hintergrund der großen Bandbreite von Persönlichkeitseigenschaften ist allerdings zu erwarten, dass diese mit politischen Wertorientierungen, Einstellungen, Interessen und Verhalten ganz systematische Zusammenhänge aufweisen, „denn Menschen legen tief verankerte Verhaltenstendenzen nicht ab, sobald sie sich der politischen Sphäre nähern“ (Schoen, 2012, S. 49).

### 3. Persönlichkeit, politische Einstellungen und Verhalten

#### 3.1 Persönlichkeit und politische Orientierung

Politische Orientierungen werden oft entlang einer einzelnen Dimension zwischen „Links“ und „Rechts“ beschrieben, was ideologische Wertvorstellungen und verschiedene politische Einstellungen zum Ausdruck bringen soll (vgl. Rothmund & Arzheimer, Kapitel 8 im vorliegenden Band). Es liegt jedoch auf der Hand, dass eine einzige Dimension kaum ausreicht, die komplexe Landschaft politischer Einstellungen einzuordnen (für einen Überblick siehe Jost, Federico, & Napier, 2009). Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass mindestens zwei Grunddimensionen erforderlich sind, um die zentralen ideologischen Wertvorstellungen und politischen Standpunkte von Personen abzubilden (Duckitt & Sibley, 2010; Duriez, Van Hiel, & Kossowska, 2005; Jost, Glaser, Kruglanski, & Sulloway, 2003; Treier & Hillygus, 2009).

Eine Dimension reflektiert Werte und Einstellungen bezüglich der Ablehnung oder Befürwortung von sozialen, ökonomischen, kulturellen und strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft. Menschen unterscheiden sich grundlegend dahingehend, ob und in welchem Ausmaß sie eher an dem Status quo festhalten oder Veränderung und Fortschritt propagieren. Dieses Kontinuum wird häufig mit den Begriffen *Veränderungsresistenz*, *rechtsgerichteter Autoritarismus*, *Konservatismus* (vs. *Progressivismus*), *Traditionalismus* oder *Bewahrung* (vs. *Offenheit für Veränderung*) beschrieben (Caprara, Schwartz, Capanna, Vecchione, & Barbaranelli, 2006; Jost et al., 2009; Kandler & Riemann, 2013; Schwartz, 1994). Die zweite Dimension

reflektiert das Ausmaß der Ablehnung versus Akzeptanz von sozialer und ökonomischer Ungleichheit in der Gesellschaft, denn Menschen unterscheiden sich grundlegend dahingehend, ob und mit welchem Grad der Überzeugung sie gesellschaftliche Hierarchien und Unterschiede in der Gesellschaft für gut oder schlecht befinden. Dieses Kontinuum trägt vielfach die Bezeichnungen *Ungleichheitsakzeptanz*, *soziale Dominanzorientierung*, *Individualismus* (vs. *Kollektivismus*) oder *Selbsterhöhung* (vs. *Selbsttranszendenz*) (Caprara et al., 2006; Jost et al., 2009; Kandler & Riemann, 2013; Schwartz, 1994).

Die beiden Dimensionen politischer Orientierung sind konzeptuell und faktorenanalytisch distinkt, wenngleich sie häufig positiv miteinander korrelieren (Jost, Nosek, & Gosling, 2008; Kandler, Bleidorn, & Riemann, 2012). Allerdings findet sich dieser positive Zusammenhang meist nur in westlichen und individualistischen Ländern, wo Konservatismus generell mit einer Verteidigung der gesellschaftlichen und ökonomischen Hierarchie einhergeht (Aspel und, Lindeman, & Verkasalo, 2013). In anderen eher kollektivistisch orientierten Ländern (z. B. Japan) oder Nationen mit einer kommunistischen Geschichte (z. B. China) findet sich dieser Zusammenhang oft nicht. Die positive Korrelation zwischen *Konservatismus* und *Ungleichheitsakzeptanz* reflektiert die klassische „Links“- versus „Rechts“-Einordnung ideologischer Wertvorstellungen in westlichen Nationen. Menschen mit einer „Links“-Orientierung präferieren politische Veränderungen und befürworten eher soziale und ökonomische Gleichheit, wohingegen „Rechts“-orientierte Personen eine gesellschaftliche Hierarchie bevorzugen und für feste Regeln und Strukturen einstehen. In einer Studie mit Selbst- und Bekanntenberichten konnten Kandler, Bell und Riemann (2016) zeigen, dass aggressive Tendenzen gegenüber anderen, fremden oder unterlegenen Gruppen eine verbindende Facette beider Dimensionen darstellen und die positive Korrelation erklären können.

Der positive Zusammenhang zwischen *Konservatismus* und *Ungleichheitsakzeptanz* kann allerdings auch auf eine andere Persönlichkeitseigenschaft zurückgeführt werden. Studien aus verschiedenen Ländern und Nationen konnten zeigen, dass *Offenheit für Erfahrungen* im Zusammenhang mit den beiden politischen Grundorientierungen eine bedeutsame Rolle einnimmt (z. B. Carney, Jost, Gosling, & Potter, 2008; Gerber, Huber, Doherty, Dowling, & Ha, 2010; Kandler, Bell, Shikishima, Yamagata, & Riemann, 2015; Riemann, Grubich, Hempel, Mergl, & Richter, 1993; Sibley & Duckitt, 2008; Van Hiel & Mervielde, 2004). Ist eine Person offen für Erfahrungen, nimmt sie neue Ideen, Erlebnisse und Reize positiv auf. Insofern steht sie auch fortschrittlichen und liberalpolitischen Positionen sowie soziopolitischen Veränderungen eher befürwortend gegenüber. Offene Personen hinterfragen nicht nur überholte Moralvorstellungen und Dogmen, sondern legen auch vergleichsweise großen Wert auf individuelle Selbstverwirklichung und Toleranz gegenüber andersorientierten Menschen und fremden Kulturen. Sie tendieren zu einer generellen linksliberalen Grundorientierung, indem sie nicht nur den Status quo hinterfragen, sondern auch vermehrt für soziale und ökonomische Gleichheit eintreten (siehe Abbildung 4.1). Gesellschaftspolitisch befürworten sie mit erhöhter Wahrscheinlichkeit die Zuwanderungspolitik, die Abtreibungsfrage und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. Außenpolitisch treten sie eher für eine Vertiefung der europäischen Integration ein und lehnen kriegerische Militäreinsätze eher ab (Schoen, 2012).

Während *Offenheit für Erfahrungen* negativ mit den beiden Dimensionen politischer Orientierung korreliert, findet sich zumeist ein positiver Zusammenhang zwischen *Gewissenhaftigkeit* und *Konservatismus* (z. B. Carney et al., 2008; Gerber et al., 2010; Riemann et al., 1993). Gewissenhafte Personen bevorzugen klare Strukturen und Regeln. Daher mag es auch nicht verwundern, dass höhere Gewissenhaftigkeit mit der Tendenz einhergeht, eher an traditionellen Wertvorstellungen festzuhalten. Menschen mit ausgeprägter Gewissenhaftigkeit rütteln weniger an den Grundfesten gesellschaftlicher Strukturen und sozialen Normen (siehe Abbildung 4.1).

In Bezug auf die *Akzeptanz von sozialer und ökonomischer Ungleichheit* scheinen individuelle Unterschiede in *Gewissenhaftigkeit* keine bedeutsame Rolle zu spielen. Vielmehr deuten mittlerweile einige Studien darauf hin, dass die Persönlichkeitseigenschaft *Verträglichkeit* negativ mit dieser Dimension in Verbindung steht (z. B. Kandler et al., 2015; Kandler et al., 2012; Sibley & Duckitt, 2008; siehe Abbildung 4.1). Mit erhöhter Wahrscheinlichkeit befürworteten verträglichere Personen soziale Gerechtigkeit und ökonomischen Ausgleich sowie internationale Kooperationen und gewaltfreie Lösungen in der Außenpolitik (Schoen, 2012).

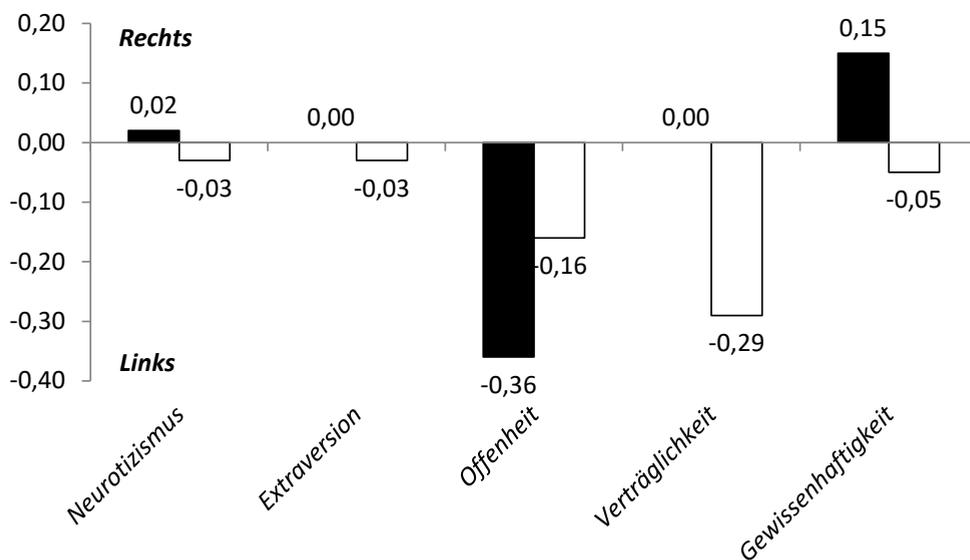


Abbildung 4.1: Persönlichkeitseigenschaften und politische Grundorientierungen

Anmerkung zu Abbildung 4.1: Die Korrelationen zwischen Persönlichkeitseigenschaften und (1) Veränderungsresistenz bzw. rechtsautoritärem Konservatismus (schwarze Balken) sowie (2) Ungleichheitsakzeptanz bzw. Sozialer Dominanzorientierung (weiße Balken) basieren auf der Metaanalyse von Sibley und Duckitt (2008).

Für *Neurotizismus* konnten bisher kaum bedeutsame Zusammenhänge mit den beiden Grunddimensionen politischer Orientierung herausgestellt werden. Vereinzelt finden sich jedoch Zusammenhänge mit spezifischeren politischen Einstellungen. So berichten Gerber und Kollegen (2010) einen positiven Zusammenhang zwischen *Neurotizismus* und wirtschaftspolitischen

Grundhaltungen. Emotional labile Personen stehen ihrer finanziellen Situation und Zukunft eher ängstlich gegenüber, weshalb sie politische Bestrebungen zur Gleichverteilung eher befürworten. *Extraversion* scheint hingegen kaum mit politischen Grundorientierungen und Einstellungen zu spezifischen politischen Sachverhalten im Zusammenhang zu stehen.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass bestimmte individuelle Ausprägungen in Persönlichkeitseigenschaften (*Offenheit für Erfahrungen*, *Verträglichkeit* und *Gewissenhaftigkeit*) mit spezifischen politischen Grundorientierungen, Werthaltungen und Einstellungen ganz systematische Beziehungen aufweisen. Eine offenere, verträglichere und weniger gewissenhafte Person ist mit höherer Wahrscheinlichkeit eher linksorientiert (d. h. progressiver und gleichheitspropagierend). Andere Eigenschaftsdimensionen (*Neurotizismus* und *Extraversion*) spielen im Zusammenhang mit politischen Grundhaltungen jedoch eine, wenn überhaupt, eher untergeordnete Rolle.

### 3.2 Persönlichkeit und Parteipräferenzen

Es ist plausibel, dass Menschen eher die Parteien bevorzugen und wählen, von denen sie glauben, dass diese ihren eigenen Wertvorstellungen, Einstellungen und Präferenzen am nächsten kommen (Bell & Kandler, 2015). Insofern mag es nicht überraschen, dass auch bei der Wahl der entsprechenden Parteien oder Kandidaten *Offenheit für Erfahrungen*, *Gewissenhaftigkeit* und *Verträglichkeit* eine gewichtige Rolle spielen (Gerber et al., 2010; Schoen & Schumann, 2007). Offenere und verträglichere Personen entscheiden sich beim Wahlgang eher für linksliberale und progressive Parteien, während gewissenhaftere Menschen konservative Parteien bevorzugen (Vecchione et al., 2011).

In einer populationsbasierten deutschen Zwillingsfamilienstudie (Hahn et al., 2016; Hufer, Kornadt, Kandler, & Riemann, 2020) wurden Parteipräferenzen von allen Familienangehörigen im Alter von mindestens 16 Jahren erhoben ( $N = 12.205$ ). Von diesen gaben 4.691 (38%) an, keine der acht ausgewählten Parteien oder Parteiverbünde zu präferieren. Nur 117 (<1%) präferierten eine Partei, die nicht zur Auswahl stand. Für mehr als 99% (7.352) der verbliebenen 7.397 Befragten liegen Persönlichkeitsmaße vor (siehe Abbildung 4.2). Aus dieser Studie geht hervor, dass Linke- und Grünen-Anhänger signifikant offener sind als potentielle Wähler der SPD, CDU/CSU, AfD und NPD. Zudem zeigen Anhänger der Piratenpartei signifikant niedrigere Gewissenhaftigkeitswerte als die Anhänger der meisten anderen Parteien, wobei Anhänger des extremen linken und rechten Parteienspektrums ebenfalls niedrigere Gewissenhaftigkeitsausprägungen aufweisen. NPD- und AfD-Anhänger sind signifikant unverträglicher als die Anhänger anderer Parteien mit Ausnahme der Piratenpartei. Kaum signifikante Unterschiede finden sich in Bezug auf Extraversion und Neurotizismus. Linkswähler tendieren dazu, emotional labiler zu sein als FDP- und CDU/CSU-Anhänger, wobei letztere extravertierter sind als Wähler der SPD, Piratenpartei und Grünen.

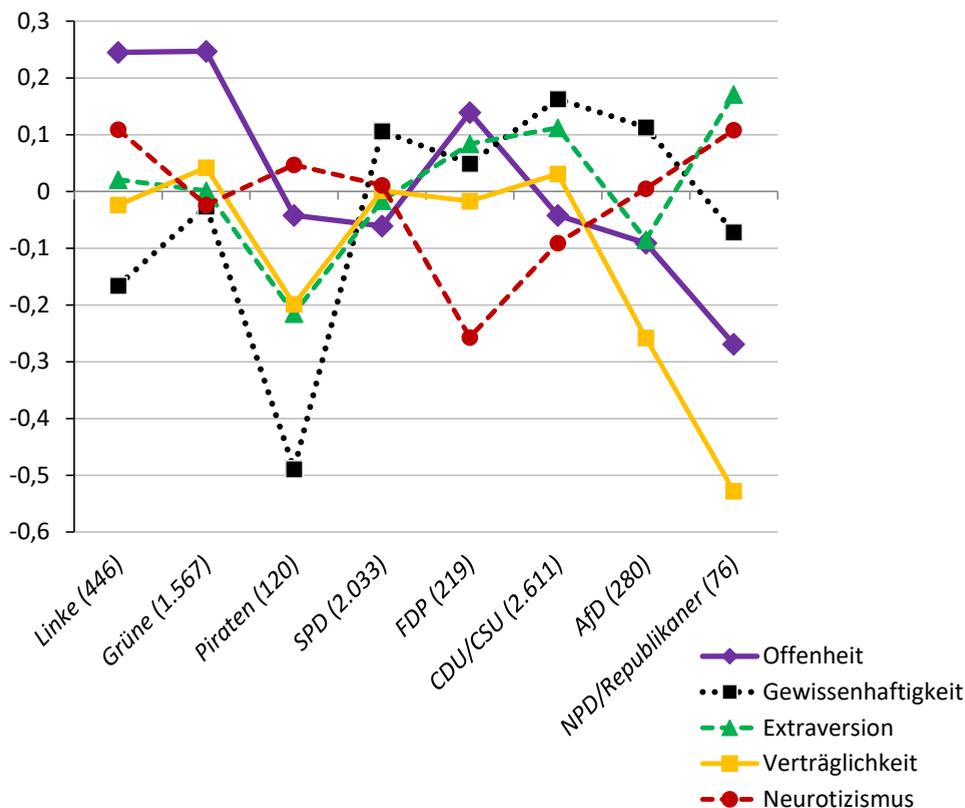


Abbildung 4.2: Persönlichkeitseigenschaften und Parteipräferenzen

Anmerkung zu Abbildung 4.2: Die z-standardisierten Werte basieren auf einer Stichprobe von 7.352 deutschen Parteianhängern.

### 3.3 Persönlichkeit und politisches Engagement

Individuelle Unterschiede in Persönlichkeitseigenschaften spiegeln sich auch darin wider, wie sehr sich Menschen für Politik und politische Sachfragen interessieren und wie stark sie sich am politischen Geschehen beteiligen. Im Gegensatz zu den bisher besprochenen Befunden zu politischen Orientierungen und der Verbundenheit mit einer bestimmten Partei jedoch offenbart die Forschung zum Zusammenhang zwischen Persönlichkeitseigenschaften und politischem Engagement ein etwas anderes Bild. Während *Extraversion* kaum im Zusammenhang mit politischen Grundorientierungen steht, scheint diese Persönlichkeitseigenschaft ein positiver Prädiktor der Stärke der Parteienverbundenheit und des Ausmaßes politischer Partizipation zu sein (Ackermann & Freitag, 2015; Gerber et al., 2011a; Mondak, Hibbing, Canache, Seligson, & Anderson, 2010; Steinbrecher & Schoen, 2012; Vecchione & Caprara, 2009). Extravertierte Personen sind in der Regel selbstsicherer, geselliger und aktiver als Introvertierte

## VII.

# Wahlverhalten und politische Einstellungen

*Sascha Huber und Markus Steinbrecher*

### 1. Einleitung

Wahlen sind das zentrale Element zur Legitimation politischer Herrschaft. Mit ihnen wird politische Macht auf Zeit übertragen, das Handeln politischer Eliten kontrolliert und der Wille des Volkes in politische Entscheidungen transformiert. Wahlverhalten ist nicht nur wegen seiner normativen Funktion für Demokratien die wichtigste Form politischen Verhaltens. Auch empirisch ist die Wahlbeteiligung die am meisten genutzte Form politischer Partizipation. Nur bei Wahlen wird immer wieder die Mehrheit der Bürger politisch mobilisiert. Und für einen Großteil der Bürger erschöpft sich politische Aktivität auch schon in der regelmäßigen Teilnahme an Wahlen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Steinbrecher, 2009).

Die empirische Wahl- und Einstellungsforschung ist die wissenschaftliche Teildisziplin, die sich mit der Beschreibung und Analyse von Wahlverhalten und Wahlergebnissen auseinandersetzt. Dieser Forschungszweig hat sich in Deutschland seit den 1960er Jahren – in den USA bereits seit den 1940er Jahren – parallel zum Durchbruch der Umfrageforschung entwickelt. Mit dem „mikrosoziologischen“ Ansatz (Berelson, Lazarsfeld, & McPhee, 1954; Lazarsfeld, Berelson, & Gaudet, 1968 [1944]), dem „sozialpsychologischen“ Ansatz (Campbell, Converse, Miller, & Stokes, 1960; Campbell, Gurin, & Miller, 1954) und der Theorie rationaler Entscheidung (Downs, 1957) hat die Disziplin drei große Theoriestränge hervorgebracht, die für die Erklärung von Wahlverhalten unterschiedliche Faktoren und psychologische Mechanismen heranziehen. Ziel dieses Kapitels ist es, zentrale Aspekte in den drei Modellen herauszuarbeiten und einige neuere Befunde zu den jeweils vermuteten psychologischen Mechanismen darzustellen.

Der Beitrag ist folgendermaßen gegliedert: Im zweiten Abschnitt werden einige zentrale Begriffe definiert, die für das Verständnis der Wahl- und Einstellungsforschung generell wie für die weiteren Ausführungen von Bedeutung sind. Der dritte Abschnitt konzentriert sich auf die drei klassischen Ansätze der Wahlforschung. Der erste Teil der jeweiligen Abschnitte stellt zentrale psychologische Aspekte und Logiken der klassischen Ansätze dar, während sich der zweite Teil mit neueren Befunden, Erweiterungen und empirischen Qualifikationen aus der Politischen Psychologie auseinandersetzt. Dabei wird deutlich, wie Erkenntnisse der Politischen Psychologie zu einem besseren Verständnis des Wahlverhaltens und der politischen Meinungsbildung der Wähler beitragen können. Im vierten Abschnitt wird auf ein Beispiel der politischen Einstellungsforschung etwas genauer eingegangen, nämlich auf die Rolle des Framings bei der Meinungsbildung von Bürgern zu politischen Sachthemen. Der fünfte Abschnitt schließt mit einer kurzen Zusammenfassung und skizziert einige Herausforderungen für die Wahl- und Einstellungsforschung.

## 2. Wichtige Begriffe in der Wahl- und Einstellungsforschung

Zunächst ist zwischen den beiden zentralen Aspekten des *Wahlverhaltens* zu unterscheiden, mit denen sich die Wahlforschung beschäftigt: Die *Wahlbeteiligung*, also ob ein Bürger an einer Wahl teilnimmt oder nicht, und die *Wahlentscheidung*, bei der sich die Wähler, je nach Wahlsystem, zwischen Parteien oder Kandidaten entscheiden. Beide sind eng miteinander verknüpft. Sie sind aber die Basis für zwei unterschiedliche Forschungsstränge. Der Großteil der Wahlforschung widmet sich der Untersuchung der Wahlentscheidungen der Bürger, weshalb auch wir uns hier auf diesen Aspekt konzentrieren.<sup>1</sup>

*Politische Einstellungen* sind besonders wichtige Faktoren zur Erklärung des Wahlverhaltens. Dabei handelt es sich um positive oder negative Bewertungen von Objekten (z. B. Politikern oder politischen Streitfragen), die einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung und Selektion von Reizen aus der Umwelt des Individuums haben. Sie lassen sich nicht direkt messen oder beobachten und sind das Ergebnis individueller Lernerfahrungen. Dabei kombinieren politische Einstellungen nach dem in der Forschung mehrheitlich vertretenen Drei-Komponenten-Modell Wissen, Emotionen sowie Verhaltensabsichten in Bezug auf das Einstellungsobjekt (Rosenberg & Hovland, 1960). In Abhängigkeit von ihren kognitiven Fähigkeiten und ihrer politischen Involvierung haben Menschen unterschiedlich viele und konsistente Einstellungen, die zusammengefasst Einstellungssysteme oder Ideologien bilden. Die verschiedenen Einstellungen im Einstellungssystem sind miteinander verbunden. Es ist zu unterscheiden zwischen zentralen (z. B. Werteorientierungen, Einstellungen zu Normen) und peripheren politischen Einstellungen bzw. einfachen Meinungen (z. B. zu politischen Sachfragen oder Einschätzungen von Politikern). Erstere sind stabiler und beeinflussen wiederum die spezifischeren Einstellungen bzw. Meinungen.

Der Begriff der *Heuristik* bezieht sich schließlich auf die Art und Weise, wie Menschen zu ihren Meinungen oder Entscheidungen gelangen. Heuristiken sind vereinfachende Entscheidungsstrategien oder Daumenregeln für effiziente Urteile und Problemlösungen, die meist schneller und einfacher anzuwenden sind als vollständige Entscheidungsalgorithmen. Dafür sind sie aber teilweise auch fehleranfälliger. Mit einer Heuristik wird ganz allgemein fehlende substanzielle Information über ein Bewertungsobjekt durch ein Attribut ersetzt, das leichter zugänglich ist (Kahneman & Frederick, 2002, S. 53).

## 3. Drei Erklärungsansätze für das Wahlverhalten

### 3.1 Der „mikrosoziologische“ Ansatz und der Einfluss des sozialen Umfelds

Der sogenannte „mikrosoziologische“ Ansatz der Wahlforschung geht auf die Arbeiten von Forschern an der Columbia-Universität zurück (Berelson et al., 1954; Lazarsfeld et al., 1968 [1944]). Die Wahlentscheidung für eine Partei wird darin vor allem auf sozialstrukturelle Gruppenzugehörigkeiten zurückgeführt: „A person thinks, politically, as he is, socially“ (Lazarsfeld et al., 1968 [1944], S. 27). Sozioökonomischer Status, Religionszugehörigkeit und

---

<sup>1</sup> Für einen Forschungsüberblick zur Wahlbeteiligung siehe z.B. Steinbrecher (2020). Für umfassende Analysen der Wahlbeteiligung in Deutschland siehe z. B. Steinbrecher, Huber und Rattinger (2007).

Wohnort werden zu einem Index politischer Prädisposition (IPP) zusammengefasst (Lazarsfeld et al., 1968 [1944], S. 25-27), mit dem die Entscheidung für einen Kandidaten der beiden großen amerikanischen Parteien gut erklärt werden kann. Die Grundidee ist, dass Menschen sehr stark durch ihr soziales Umfeld geprägt sind und deshalb als Mitglieder sozialer Gruppen gleiche Wahlentscheidungen treffen. Dabei wird angenommen, dass Menschen grundsätzlich um Konsonanz mit ihrem sozialen Umfeld bemüht sind. Vermittelt über Prozesse des sozialen Drucks im Rahmen von Interaktionen mit anderen Gruppenmitgliedern erfolgt so eine Angleichung von Einstellungen und Wahlentscheidungen innerhalb einzelner sozialer Gruppen: „People who work or live or play together are likely to vote for the same candidates“ (Lazarsfeld et al., 1968 [1944], S. 137).

Dieser Mechanismus lässt sich mit unterschiedlichen klassischen psychologischen Theorien begründen. Sowohl wenn soziale Netzwerke direkten Konformitätsdruck ausüben (Asch, 1955), als auch wenn Menschen an einer möglichst großen Konsistenz in ihrem sozialen Umfeld und einem entsprechenden Abbau kognitiver Dissonanzen interessiert sind (Festinger, 1968 [1957]; Heider, 1958), sollten Meinungsverschiedenheiten mit Netzwerkpartnern im Laufe der Zeit abgebaut werden – entweder durch Austausch der Netzwerkpartner oder, was wahrscheinlicher ist, durch eine Anpassung der eigenen Meinung an die der Netzwerkpartner.

Eine besondere Funktion in diesem sozialen und kommunikativen Prozess haben die Meinungsführer, d. h. Bürger, die in hohem Maße politisch interessiert sind, stark mit anderen Gruppenmitgliedern kommunizieren und in Bezug auf eigene politische Präferenzen positive Informationen aus den Massenmedien an ihr Umfeld weitergeben. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Übertragung im Sinne dieses Zwei-Stufen-Flusses der (politischen) Kommunikation sind die Wichtigkeit des Meinungsführers, die Häufigkeit der Kontakte zwischen Meinungsführer und -folger, das Ausmaß politischer Homogenität innerhalb der Gruppe und die Tatsache, dass Politik überhaupt Thema in der persönlichen Kommunikation ist.

Ein Hauptkritikpunkt am ursprünglichen Modell ist, dass es in modernen Gesellschaften fast nie eine vollkommene soziale Homogenität des Umfelds gibt, heute noch viel weniger als zur Zeit der Entstehung der Ursprungsstudie vor mehr als 70 Jahren. Gründe dafür sind zum Beispiel die Auflösung von politisch wirksamen Konfliktlinien (Lipset & Rokkan, 1967), verbunden mit der Erosion sozialer Milieus, Individualisierungstendenzen und Wertewandel (Klein, 2005). Es ist also noch deutlich unwahrscheinlicher geworden, dass Bürger parteipolitisch vollkommen gleich ausgerichteten sozialen Gruppen angehören. Im Falle unterschiedlich gerichteter Gruppenmitgliedschaften und daraus resultierender sozialstruktureller „cross pressures“ (Lazarsfeld et al., 1968 [1944], S. 60-64) lässt sich mit dem ursprünglich formulierten Ansatz das Wahlverhalten daher nur noch schwer erklären.

#### Neuere Befunde zum sozialen Einfluss aus der Politischen Psychologie

Nicht zuletzt aufgrund dieser theoretischen Probleme ist die Rolle des sozialen Einflusses in der Wahlforschung lange Zeit etwas aus dem Blick geraten, steht mittlerweile aber wieder stärker im Mittelpunkt. Für verschiedene Länder wurde nachgewiesen, dass Bürger ihr Stimmverhalten bei Wahlen tatsächlich auch an ihren Interaktionspartnern ausrichten (z. B.

nach Sicherheit haben und als Reaktion darauf, im Vergleich zu Liberalen, in stärkerem Maße an bestehenden sozialen und politischen Zuständen und Strukturen festhalten (Jost & van der Toorn, 2012). Entsprechend kann die Leugnung des Klimawandels durch Konservative im Sinne eines Festhaltens an bestehenden (umweltschädlichen) sozialen Zuständen und somit als Ausdruck eines Bedürfnisses nach Sicherheit verstanden werden. Interessanterweise kann dieser motivationale Prozess umgekehrt und zur Förderung umweltschützenden Verhaltens genutzt werden, wenn die Veränderung umweltschädlichen Verhaltens als Instrument zum Schutz und zur Bewahrung gesellschaftlicher Zustände dargestellt wird (für einen Überblick über alternative Interventionsansätze, siehe Wong-Parodi & Feygina, 2020).

## 5. Politische Ideologien in Deutschland

Im Folgenden fassen wir in knapper Form die Hauptbefunde zur Verteilung ideologischer Orientierungen in Deutschland zusammen. Dabei stützen wir uns auf die Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen. Außerdem gehen wir auf zwei Forschungsbereiche näher ein, deren Entstehung und Relevanz sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte im letzten Jahrhundert erklären lassen: Die deutsche Wiedervereinigung und Rechtsextremismus.

### 5.1 Aktuelle Daten zur Situation in Deutschland

Seit 1980 findet in Deutschland im Abstand von jeweils zwei Jahren die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) statt (Allerbeck et al., 2020). Im Rahmen dieser Befragungen wird unter anderem die ideologische Ausrichtung der Teilnehmer auf einer zehnstufigen Skala von 1 (extrem links) bis 10 (extrem rechts) erfasst (symbolische Messung, siehe Abschnitt 2). Schaut man sich die jüngsten Ergebnisse der Daten aus dem Jahr 2018 an, so fällt auf, dass sich ein großer Teil der Befragten (29 Prozent) beim Skalenwert 5, also ganz leicht links von der Mitte einordnet. 19 Prozent sehen sich ganz leicht rechts von der Mitte (Skalenwert 6), noch weiter rechts sehen sich insgesamt nur 16 Prozent, während auf die Skalenpunkte 3 und 4 (mitte-links) knapp 25 Prozent entfallen. Gegenüber früheren Befragungen ist dies zwar eine erkennbare Verschiebung nach links, tatsächlich war die Bevölkerung aber ausweislich der ALLBUS-Daten seit Beginn der 1990er Jahre im Mittel leicht links orientiert, ohne dass sich dies direkt in Wahlergebnisse umgesetzt hätte. Eine genauere Analyse der Daten zeigt, dass diese Orientierung in den neuen Bundesländern noch stärker ausgeprägt ist als in den alten Bundesländern. Seit den ersten gesamtdeutschen ALLBUS-Befragungen im Jahr 1991 bewegte sich dieser Unterschied durchgängig im Bereich eines halben Skalenpunktes. In den letzten beiden Befragungswellen hat sich diese Differenz auf etwa einen Viertelpunkt reduziert. Auf den Vergleich von Ideologien und Werten zwischen den neuen und alten Bundesländern gehen wir im Abschnitt 5.2 genauer ein.

Neben der eigenen ideologischen Ausrichtung gelingt den Befragten in der Regel auch die Einordnung der Parteien in dieses Links-Rechts Spektrum. Besonders leicht fällt dies naturgemäß im Fall der Partei „DIE LINKE“, die 2018 von 47 Prozent der Befragten als ganz links (1) und von weiteren 32 Prozent als sehr weit links (2) eingestuft wurde. Noch deutlicher ist das Bild, das sich für die AfD ergibt: diese wird von 63 Prozent als ganz rechts (10) und

von 19 Prozent als sehr weit rechts (9) eingeordnet. Die Neupositionierung der Partei am rechten Rand (Arzheimer & Berning, 2019) wird also auch von der Bevölkerung als solche wahrgenommen.

Auch die übrigen Parteien werden aber von einem großen Teil der Befragten zumindest der „richtigen“ Hälfte der Links-Rechts-Achse zugeordnet „Richtig“ bezieht sich dabei auf den Konsens innerhalb der Politikwissenschaft, der wiederum durch die Selbsteinschätzung der Parteimitglieder gestützt ist (Spier, 2011, S. 125). Dabei sind allerdings einige Besonderheiten erkennbar. Erstens wird die AfD im Westen deutlicher als extrem rechte Partei wahrgenommen: der Anteil derjenigen, die die Partei ganz am Ende des Spektrums einordnen, liegt hier rund zehn Prozentpunkte höher (65 vs. 55) als im Osten. Bei den übrigen Parteien ist es dagegen im Vergleich zu früheren Untersuchungen zu einer weitgehenden Annäherung der Einschätzungen zwischen West und Ost gekommen. Zweitens werden SPD, CDU und CSU auch nach Jahren des gemeinsamen Regierens als ideologisch sehr unterschiedliche Parteien wahrgenommen. Die SPD wird im Durchschnitt bei 4.3 eingeordnet, die CDU bei 5.9 und die CSU sogar bei 7.0. Drittens schließlich wird die die FDP exakt in der Mitte des Spektrums und damit tendenziell etwas links der CDU gesehen, obwohl sie in der Regel stärker marktliberale (also ökonomisch rechtere) Positionen vertritt.

Dem Anspruch, politische Einstellungen, Wertorientierungen und Überzeugungen von Bürgern vollständig abzubilden, kann die Links-Rechts-Skala nicht genügen. Im Laufe der Zeit wurde deshalb eine ganze Reihe von Instrumenten entwickelt, die auf eine differenziertere Bewertung politischer Ideen und Ordnungsprinzipien abzielten. Von besonderer Bedeutung ist dabei die von Kaase und Wildenmann in den 1970er Jahren entwickelte Demokratie-Skala (Kaase, 1971), die in Teilen bei den Allbus-Befragungen verwendet wurde, so dass zumindest für Einzelitems Randverteilungen bekannt sind. Die Ergebnisse zeigen, dass die Zustimmung zu demokratischen Prinzipien seit den 1980er Jahren konstant hoch ist. So stimmten 2018 89 bzw. 75 Prozent der Aussage zu, dass eine funktionierende Demokratie ohne starke Opposition undenkbar ist und dass jede demokratische Partei die Chance haben sollte, sich an der Regierung zu beteiligen. 85 Prozent sind der Meinung, dass Bürgerinnen und Bürger demonstrieren sollten, wenn sie mit der Regierungspolitik unzufrieden sind, und 96 Prozent treten für das Recht der Meinungsfreiheit für Minderheiten ein.

## 5.2 Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Für die Politische Psychologie ist die deutsche Wiedervereinigung ein faszinierender Sonderfall: Seit ihren Anfängen geht die Werteforschung davon aus, dass Wertorientierungen das Produkt von primären Sozialisationsprozessen sind, also während einer formativen Phase in der Jugend erworben werden und danach relativ stabil bleiben (vgl. Rippl, Seipel, & Kindervater, Kapitel 5 im vorliegenden Band). In der ehemaligen DDR wurde bekanntlich eine sozialistische Sozialisation forciert. Die Schaffung eines „neuen Menschen“ war das erklärte Ziel von Staat und Partei. In Ostdeutschland lässt sich nun seit 1990 studieren, ob und wie sich Wertorientierungen und politischen Einstellungen nach einem radikalen Regimewechsel verändern. Dies gilt natürlich auch für die anderen postkommunistischen Staaten. Anders als dort existiert aber in

Deutschland mit den Westdeutschen eine Art Vergleichsgruppe, die – bei ansonsten identischen kulturellen und historischen Ausgangsbedingungen – in einem liberaldemokratischen System sozialisiert wurde. Damit kann die deutsche Wiedervereinigung als eine Art Feldexperiment zur Wirkung von Sozialisationsmechanismen betrachtet werden.

Mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung unterscheiden sich die Einstellungen und Wertorientierungen von Ost- und Westdeutschen immer noch sehr deutlich. Die stärkere allgemeine Linksorientierung wurde bereits angesprochen. Vor allem in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung bestand – nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der PDS (Andersen & Zimdars, 2003; Falter & Klein, 1994b; Hough, Koß, & Olson, 2007) – die Sorge, dass es in der ostdeutschen Bevölkerung einen nennenswerten Anteil von Linksextremisten geben könne. Bis heute gibt es aber keine empirischen Belege dafür, dass Linksextremismus in Ostdeutschland ein Massenphänomen sein könnte. Stattdessen bestehen bei spezifischeren ideologischen Einstellungen nach wie vor erhebliche Unterschiede. So sahen 2018 rund 75 Prozent der ostdeutschen Befragten den Sozialismus als eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Dieser Wert wird im ALLBUS in großen zeitlichen Abständen gemessen, ist aber ausweislich dieser Zeitreihe seit rund 30 Jahren im Wesentlichen stabil.<sup>3</sup> Entsprechend hoch sind in Ostdeutschland auch die Erwartungen an den Staat, der (noch) stärker als im Westen als Instrument zur Absicherung von Lebensrisiken und zentraler Akteur zur Lösung gesellschaftlicher Probleme gesehen wird (Arzheimer, 2012). Diese persistenten Unterschiede in den Einstellungen und Überzeugungen von Ost- und Westdeutschen haben national wie international großes Interesse geweckt und wurden vor allem in der ersten Dekade nach der Wiedervereinigung sehr intensiv beforcht. Aus Sicht der meisten Autoren ist in Ostdeutschland neben einer teils nostalgisch verklärten Sicht auf das eigene Leben in der DDR (Neller, 2006) eine postsozialistische Alltagsideologie (Lane, 1962) weit verbreitet, die die Unterstützung für demokratische Prinzipien mit einer (nach westdeutschen Maßstäben) recht umfassenden Zuschreibung von Aufgaben an staatliche oder andere öffentliche Institutionen und einer Präferenz für Eingriffe in den Markt verbindet. Fuchs (1996, S. 10) hat dieses Ideal in einem einflussreichen Beitrag als „Modell des Demokratischen Sozialismus“ bezeichnet und ausdrücklich an normative Konzepte aus dem Bereich der Demokratietheorie angebunden. Die in den 1990er Jahren gebräuchliche Gegenüberstellung von „Liberaler Demokratie“ im Westen und „Demokratischem Sozialismus“ im Osten wird in dieser starken Form jedoch heute kaum noch vertreten. Denn erstens zeigt ein Blick etwa nach Skandinavien, dass der „starke Gerechtigkeitsbegriff“, aus dem der Wunsch nach staatlicher Regulation und Redistribution erwächst, kein Spezifikum postsozialistischer Gesellschaften im Allgemeinen und Ostdeutschlands im Besonderen ist. Zweitens verdichten sich in den letzten Jahren die Hinweise darauf, dass die vergleichsweise hohen Ansprüche der Ostdeutschen an den Staat nicht nur eine Folge der sozialistischen Sozialisation sind, sondern zumindest zum Teil auch aus den nach wie vor schlechteren ökonomischen Bedingungen resultieren. Besonders deutlich zeigt sich dies seit Beginn der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise 2008 (Arzheimer, 2012).

---

3 Der Vergleichswert für Westdeutschland ist in den 1990er Jahren erkennbar angestiegen und liegt seitdem ebenfalls recht stabil knapp unter 50 Prozent.

Etwa seit der Jahrtausendwende hat das wissenschaftliche und publizistische Interesse etwas nachgelassen. Dennoch stehen Ost- und Westdeutsche weiterhin unter sozialwissenschaftlicher Dauerbeobachtung. Mit Hilfe von Studien wie dem ALLBUS, den nationalen Wahlstudien und dem European Social Survey (seit 2002) lassen sich die Ost-West-Unterschiede sehr engmaschig dokumentieren.

### 5.3 Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland

Aus historischen Gründen wurde die Verteilung rechtsextremer Ideologiefragmente und Überzeugungen in Deutschland stets besonders genau beobachtet und mit der Wiedervereinigung und der damit verbundenen Sorge vor großdeutschen Phantasien hat sich das Interesse an diesem Thema noch verstärkt (vgl. Seipel et al., Kapitel 9 im vorliegenden Band). Was ist jedoch Rechtsextremismus überhaupt? Die Rechtsextremismusforschung ist ein weites und kaum überschaubares Feld, das psychologische, soziologische, politikwissenschaftliche und kriminologische Zugänge umfasst. Innerhalb der Politischen Psychologie dominiert ein Verständnis von Rechtsextremismus, in dem dieser häufig nicht als Endpunkt der angesprochenen Links-Rechts-Orientierung, sondern vielmehr als eigenständiger Ideologiekomplex definiert wird (z. B. Lipset, 1959). Als definitorische Merkmale einer rechtsextremen Ideologie unterscheidet Heitmeyer (1987) zwischen (a) der Rechtfertigung von Ungleichheit, die Abwertungs- und Ausgrenzungstendenzen gegenüber Fremden einschließt und (b) der grundsätzlichen Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Konfliktregelung. Andere Definitionen (siehe Druwe & Mantino, 1996 sowie Backes, 2003, als hilfreiche und kritische Überblicksdarstellungen) unterscheiden verschiedene Elemente, die als Merkmale oder Aspekte von Rechtsextremismus verstanden werden:

- Politischer Autoritarismus und Anti-Pluralismus
- Ethnozentrismus, d. h. die Aufwertung der Eigengruppe und die Ablehnung von (ethnisch definierten) Fremdgruppen
- Antisemitismus als spezifische Variante des Ethnozentrismus
- Verklärung des Nationalsozialismus
- Übernahme nationalsozialistischen Gedankengutes

Zwar fehlt es nach wie vor an einem allgemein anerkannten (und psychometrisch validen) Instrument zur Messung von Rechtsextremismus. Dennoch hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten ein Pool von Items herausgebildet, die in identischer oder zumindest sehr ähnlicher Form häufiger repliziert worden sind. Dazu zählen u. a. Fragen nach der Beurteilung Hitlers und der Juden, nach der „Überfremdung“ Deutschlands durch Migranten sowie nach der Unterstützung für die Abschaffung der Demokratie und der Übernahme der Macht durch einen „starken Führer“. Ebenfalls häufiger abgefragt wurde in den 1990er Jahren das Verständnis für Anschläge auf Ausländer und Asylbewerber (Falter, 1994; Falter & Klein, 1994a), das der von Heitmeyer benannten Gewaltdimension entspricht.

Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass eine offene positive Bewertung des Nationalsozialismus inzwischen auf ein sehr kleines Segment der Bevölkerung beschränkt ist. So lag beispielsweise im ALLBUS 1996, 2006, 2012 und 2016 der Anteil derjenigen Personen, die nach eigenen

Angaben keinerlei Scham über die deutschen Verbrechen an den Juden empfinden, konstant bei etwa sechs Prozent. Der klassische auf den Nationalsozialismus bezogene Rechtsextremismus hat demnach in Deutschland nur wenige Anhänger. Dies erklärt die relative Schwäche der Rechtsparteien DVU, NPD und Republikaner, die stark der Vergangenheit verhaftet waren (Kitschelt, 1995). Deutlich weiter verbreitet sind aber ethnozentristische und fremdenfeindliche Einstellungen bis hin zur (verbalen) Unterstützung für fremdenfeindliche Brandanschläge (Rosar, 2000, 2001).

In den letzten Jahren hat sich die Perspektive auf Rechtsextremismus in der öffentlichen wie in der wissenschaftlichen Debatte geweitet. Dabei sind insbesondere die Begriffe des Rechtspopulismus und des Rechtsradikalismus stärker in den Vordergrund getreten. Eine weitgehend akzeptierte Konzeptualisierung dieser Begriffe durch Mudde (2017) sieht Nativismus als gemeinsame Basis aller drei Phänomene. Unter Nativismus versteht Mudde (2007, S. 19) das Zusammentreffen von Nationalismus und Xenophobie in der Vorstellung, dass nicht-native „Elemente“ (Personen und Ideen) eine Gefahr für den Nationalstaat darstellen, der als ethnisch homogen gedacht wird. Rechtsradikalismus liege dann vor, wenn dieser Nativismus mit autoritären Tendenzen kombiniert wird. Muddes Vorstellung von Autoritarismus orientiert sich an Altemeyers (1981) stark vereinfachter Interpretation des ursprünglichen Konzepts, bestehend aus Elementen der autoritären Unterwürfigkeit, der autoritären Aggression und des Konventionalismus. Zugleich geht er über Altemeyer hinaus, indem er darauf hinweist, dass sich in diesem Sinne Autoritäre nicht notwendigerweise an bestehenden Autoritäten orientieren, sondern gerade in etablierten liberalen Demokratien durchaus in Gegnerschaft zu diesen geraten können. (Radikaler) Rechtspopulismus liegt vor, wenn Nativismus und Autoritarismus mit Elementen populistischen Denkens (Abschnitt 2.2) verbunden werden. Von Rechtsextremismus spricht Mudde dort, wo offene Gegnerschaft zur liberalen Demokratie vorliegt. Muddes Konzeption wurde ursprünglich zur Beschreibung von Organisationen und Ideologien entwickelt. Die Übertragung auf ideologische Einstellungen ist aber naheliegend und unproblematisch und hat sich für die Forschungspraxis als äußerst fruchtbar erwiesen, da viele Personen mit rechtsradikalen/rechtspopulistischen Auffassungen vor anti-demokratischen Aussagen zurückschrecken oder sich sogar selbst als Demokraten (in einem stark reduzierten illiberalen) Sinne verstehen.

Nativistische und autoritäre Einstellungen sind in der Bevölkerung keineswegs zufällig verteilt: Menschen mit geringem Bildungsgrad, aus niedrigeren Schichten und aus Ostdeutschland stimmen den entsprechenden Items deutlich häufiger zu. Allerdings dürften Fragen der sozialen Erwünschtheit hier ebenfalls eine Rolle spielen. Die Ablehnung von Migration und Migranten, die sich zumindest analytisch vom klassischen Rassismus trennen lässt (Rydgren, 2008), ist in Deutschland wie auch in den anderen Ländern Westeuropas der wichtigste Prädiktor für die Wahl radikal rechtspopulistischer Parteien (Arzheimer, 2009b; Arzheimer, Schoen, & Falter, 2001; Lubbers & Scheepers, 2000). Als psychologische Motivation für die Entwicklung rechtspopulistischer Einstellungen wird das Erleben relativer Deprivation verstanden, die subjektiv erlebte Benachteiligung gegenüber Referenzgruppen (Rothmund, Bromme, & Azevedo, 2020).

Die elektorale Unterstützung für klassisch rechtsextreme Parteien ist in Deutschland und Europa insgesamt niedrig und unterliegt klar ausgeprägten Konjunkturzyklen (Klein & Falter,

1996). Das bedeutet jedoch keineswegs, dass Rechtsextremismus in Deutschland keine Rolle mehr spielen würde. So haben zwar klassische rechtsextreme (Jugend)Bünde weitgehend an Bedeutung verloren. Zugleich haben sich mit dem Internet und der damit verbundenen Ausbreitung einer rechten Musikkultur neue Kanäle zur Verbreitung rechter Ideologien erschlossen, die kaum zu kontrollieren bzw. durch die Verwendung von Codes und Symbolen für Außenstehende nur schwer erkennbar sind (Botsch, 2012). Jüngstes Beispiel dafür ist die sogenannte Identitäre Bewegung. Bemerkenswert ist auch, dass die AfD, die nach ihrer Gründung diverse Abgrenzungsbeschlüsse getroffen hatte, sich zunehmend offensiv um einen Brückenschlag zu rechtsextremen Akteuren bemüht (Arzheimer, 2019). Darüber hinaus zeigen die verheerenden Ermittlungsspannen im Zusammenhang mit den NSU-Morden und weiteren Gewaltverbrechen mit ideologischem Hintergrund, aber auch das Weiterbestehen von Diskriminierungen im Alltag, dass das Problem des Rechtsextremismus in der Vergangenheit systematisch unterschätzt wurde.

## 6. Zusammenfassung

Die im Eingangszitat von Adorno und Kollegen formulierte Annahme, dass politische Ideologie nicht nur als Folge eines Sozialisierungsprozesses, sondern auch als Ausdruck psychologischer Persönlichkeitsmerkmale verstanden werden muss, erfuhr in den vergangenen sechzig Jahren zunehmend empirische Bestätigung. Seit den 1970er Jahren gibt es Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der Hinwendung zu politischen Ideologien und grundlegenden psychologischen Dimensionen der Persönlichkeit. Insbesondere eine Korrelation zwischen Linksorientierung und Offenheit für neue Erfahrungen sowie zwischen Rechtsorientierung und Gewissenhaftigkeit zeigt sich konsistent in empirischen Untersuchungen (Sibley et al., 2012). Seit den 1990er Jahren wurde dieser zuvor rein korrelative Forschungsansatz um Theorien und Befunde zu den zugrundeliegenden psychologischen Kausalprozessen erweitert, die einen Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und politischer Ideologie begründen. In Erweiterung des Forschungsansatzes von Adorno und Kollegen lag dabei ein starker Fokus auf der Analyse von motivationalen Strukturen, die Konservatismus psychologisch begünstigen. Sowohl Jost et al. (2009) als auch Duckitt und Sibley (2010) betonen die funktionale Bedeutung existentieller Bedürfnisse nach Sicherheit für die Entstehung und Aufrechterhaltung konservativer politischer Positionen. In den vergangenen zehn Jahren schließlich lag der Fokus innerhalb dieses Forschungsfelds zunehmend auf den biologischen und genetischen Grundlagen des Zusammenhangs zwischen politischer Ideologie und Persönlichkeit. Obwohl dabei eine Reihe kontroverser theoretischer und methodischer Fragen aufgeworfen werden, kann diese Entwicklung als konsequente Weiterführung der bestehenden Forschungslinie verstanden werden. Daneben zielt eine Vielzahl an Forschungsarbeiten auf die psychologischen Prozesse ab, die politischen Ideologien zugrunde liegen. Vor allem die Untersuchung sozialer Informationsverarbeitungsprozesse lieferte hier bislang vielversprechende Ergebnisse. Beispielhaft haben wir Arbeiten zur Wahrnehmung und Bewertung von Politikern, zu Stressreaktionen im Zusammenhang mit bedrohlichen Informationen sowie zu ideologisch motivierter Wissenschaftsrezeption dargestellt.

Die Forschung zu politischen Ideologien in Deutschland war in der Vergangenheit geprägt durch zwei Forschungsfragen, die wir im letzten Teil dieses Kapitels thematisierten und die

der auf der Individualebene angestoßenen Veränderungen. Öffentliche Meinung ist in dieser Sichtweise ein mit demoskopischen Mitteln messbares Konzept.<sup>4</sup> Allerdings umfasst der Begriff der öffentlichen Meinung nur Einstellungen sowie ggf. sich daraus ergebende Konsequenzen für das Verhalten.

### 3. Analytische Perspektiven der Medienwirkungsforschung

#### 3.1 Unabhängige Variable

Die *Botschaft* ist die unabhängige Variable in der Medienwirkungsforschung. Die Wirkung einer Nachricht hängt aber nicht nur von ihrem Inhalt ab, sondern auch davon, wie etwas gesagt wird und wie die übermittelten Informationen präsentiert werden (vgl. Feldman, Kapitel 12 im vorliegenden Band). So etwa können Parteien Wählern auf sehr unterschiedliche Art und Weise mitteilen, dass man die Ziele des politischen Gegners für falsch hält. Eine Strategie wäre, den politischen Gegner anzugreifen. Diese Kritik kann entweder relevant oder irrelevant, sachlich oder persönlich verletzend sein (z. B. Geer, 2006). Für Wahlwerbesendungen wurde gezeigt, dass die stärksten – aus Sicht des Angreifers positiven – Wirkungen dann zu verzeichnen sind, wenn die Kritik inhaltlich bedeutsam ist – und zwar auch dann, wenn die Argumente unsachlich sind. Irrelevante Kritik wirkt sich hingegen häufig ungünstig für den Sender aus (Fridkin & Kenney, 2011). Auch die Präsentation von Informationen ist für die Wirkung der Botschaft bedeutsam. So signalisieren prominent platzierte Nachrichten, dass sie von besonderer Relevanz sind. Damit steigt nicht nur die Wahrscheinlichkeit der Rezeption, sondern auch die Chance, dass wir die in solchen Nachrichten aufgegriffenen Themen selbst als wichtig erachten (z. B. Behr & Iyengar, 1985). Gleiches gilt für auffällig gestaltete Medieninhalte – z. B. Artikelüberschriften in großen, bunten Lettern oder bebilderte Beiträge. Aufwändig aufbereitete Informationen werden ebenfalls häufiger rezipiert als „gewöhnliche“ Artikel (z. B. Wanta, 1988) – und zwar auch dann, wenn der Inhalt den Überzeugungen des Empfängers widerspricht und deshalb eigentlich mithilfe unbewusst ausgelöster Selektionsmechanismen von der Rezeption ausgeschlossen werden sollte (z. B. Donsbach, 1991). Ähnliches kann die emotionale Aufladung von Inhalten leisten. Medienberichterstattung, die auf eine emotionale Sprache oder emotionale Bilder setzt, erhöht ebenfalls die Aufmerksamkeit von Zuschauern und damit die Wahrscheinlichkeit von Medieneffekten (Brader, 2005). Eine besondere Bedeutung kommt dabei *negativen* emotionalen Inhalten zu. Nach der Theorie der affektiven Intelligenz (Marcus & McKuen, 1993) regen mediale Botschaften, die negative Emotionen, z. B. Angstappelle, beinhalten, eine systematische Informationsverarbeitung an, bei der Heuristiken und bereits vorhandene Prädispositionen eine geringere Rolle spielen (Brader, 2005; Schoen, 2010). Anders als bei positiven Emotionen, die vorhandene Einstellungen aktivieren und verstärken, sind in einem solchen Kontext daher Persuasionseffekte medialer Inhalte erwartbar.

#### 3.2 Abhängige Variablen

Politische Medieninhalte können sich auf sehr unterschiedliche Merkmale auswirken. Diese gehen weit über die im Konzept der öffentlichen Meinung enthaltenen Größen hinaus. Im

4 Für konkurrierende Konzepte der öffentlichen Meinung vgl. z. B. Sarcinelli (2013).

Bereich der politischen Kommunikationsforschung wird der Einfluss von politischen Medieninhalten auf politische Orientierungen, politisches Verhalten bzw. Verhaltensabsichten, Affekte sowie physiologische Reaktionen untersucht.

Untersuchungen zu politischen Orientierungen analysieren den Einfluss von Massenmedien auf politische Kognitionen (z. B. Faktenwissen über das politische System, aktuelle politische Themen, politische Repräsentanten), auf Politik bezogene Motivationen (z. B. Interesse an Politik, Interesse am Wahlkampf, aber auch: Anschlusskommunikation, Informationssuche) und politische Einstellungen (z. B. Bewertung von Parteien, Politikern, Problemlösungen). Der Zusammenhang zwischen Medienrezeption und politischem *Verhalten* wird üblicherweise auf die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen und der dort vorgenommenen konkreten Stimmabgabe für eine Partei, einen Politiker oder ein Programm reduziert. Seltener werden andere Partizipationsformen (z. B. die Teilnahme an einer Demonstration, das Unterzeichnen einer Petition) mit Medienwirkungen in Verbindung gebracht. Da in den meisten Untersuchungen kein direkter Bezug zu Verhalten hergestellt werden kann, werden üblicherweise Medieneffekte auf Verhaltensabsichten analysiert (z. B. die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung oder die geplante Stimmabgabe bei der nächsten Wahl). *Affekte* nehmen entweder Medieneinflüsse auf langfristige und oft unspezifische Stimmungen (z. B. gute/schlechte Laune) oder Medieneffekte auf eher kurzfristige, auf bestimmte Objekte bezogene Emotionen (z. B. Wut, Angst) in den Blick (z. B. Cho et al., 2003). Studien, die *physiologische Reaktionen* als Folge der Medienrezeptionen analysieren, rücken z. B. Herzfrequenz, Atmung, Hautleitfähigkeit, Blickbewegungen oder Hirnaktivität in den Mittelpunkt (Mutz & Reeves, 2005).

### 3.3 Moderatorvariablen

Medienwirkungen sind weitaus komplexer als die oben verwendete Definition suggeriert. Die Komplexität von Wirkungsprozessen ergibt sich daraus, dass der Einfluss, den eine Botschaft auf einen Rezipienten nimmt, von zahlreichen Faktoren beeinflusst wird. Ihre Effekte sind zumeist Moderator-effekte, d. h. die jeweilige Ausprägung eines Faktors entscheidet über Richtung und Stärke der Medienwirkung. Die Vielzahl der bislang beobachteten Moderatorvariablen lässt sich in Anlehnung an die Lasswell-Formel (1948, S. 37) drei übergeordneten Kategorien zuordnen: Sender („who“), Medium („in which channel“), Rezipient („to whom“). Da Moderatorvariablen auch miteinander interagieren, ist es oft sehr schwer, Richtung und Stärke von Medienwirkung exakt zu prognostizieren (vgl. Abbildung 13.1).

Der *Sender* ist die Quelle einer Information und damit der im Fokus der Medienwirkungsforschung stehenden Botschaft kausal vorgelagert. Der Sender kann eine Person (z. B. ein Politiker), eine Organisation (z. B. eine Partei), eine Institution (z. B. die Bundesregierung), aber auch ein Medium sein (z. B. eine Zeitung). Sender verfügen über askriptive und erworbene Merkmale. Askriptive Merkmale sind weitgehend unveränderlich (z. B. Geschlecht, Alter), erworbene Merkmale hingegen prinzipiell veränderbar (z. B. Bildung, Rolle, Parteizugehörigkeit, Handlungen eines Politikers). Beide Typen von Merkmalen eignen sich zur Attribution von Eigenschaften. Beispielsweise werden Politikerinnen häufiger als „warm, people-oriented, gentle, kind, passive, caring [...] sensitive [...] more moral, hardworking and honest“ wahrgenommen

als ihre männlichen Kollegen (Banducci, Gidengil, & Everitt, 2012, S. 165). Solche Attribute wiederum sind wichtige Moderatoren von Medienwirkungen und nehmen damit Einfluss auf Richtung und Stärke des Effekts einer Botschaft. So etwa ist schon lange bekannt, dass Sender, die als integer eingeschätzt werden, größere Chancen haben, mit ihren Botschaften Einfluss auf den Rezipienten zu nehmen, als Sender, die als weniger vertrauenswürdig wahrgenommen werden. Einfach zu erkennende Sendereigenschaften fungieren aber auch als Heuristiken, die Einfluss auf die Informationsverarbeitung des Rezipienten nehmen. So etwa sorgt die Parteizugehörigkeit von Politikern dafür, dass ihre Botschaften selektiv wahrgenommen werden. Dabei steigt die Wahrscheinlichkeit der Akzeptanz einer Nachricht, wenn die Parteizugehörigkeit des Senders und die Parteipräferenz des Empfängers identisch sind (z. B. Zaller, 1992).

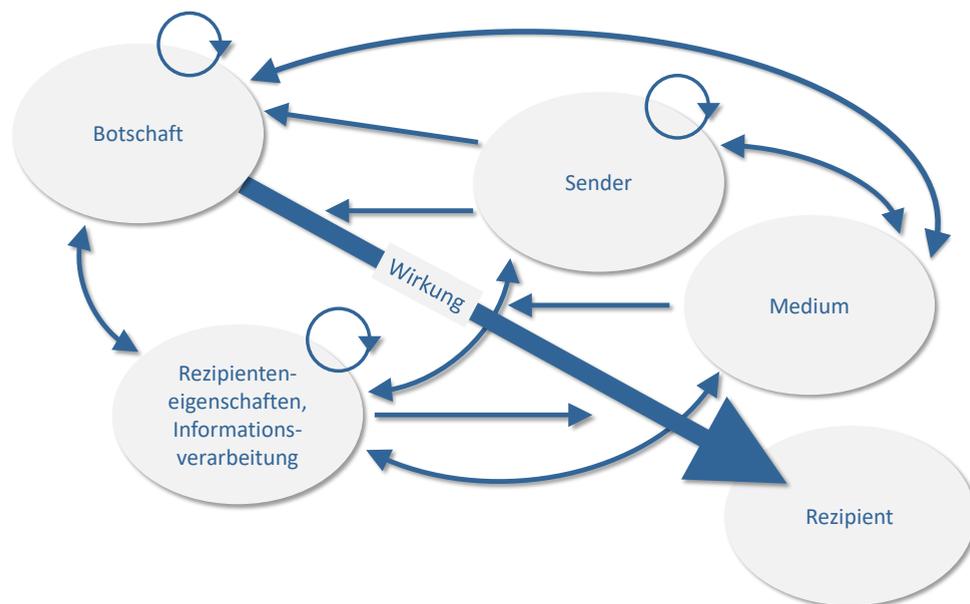


Abbildung 13.1: Einfluss von Moderatorvariablen auf die Wirkung einer medial vermittelten Botschaft

Quelle: Eigene Darstellung; Anmerkung: In sich geschlossene Pfeile symbolisieren Wechselwirkungen innerhalb eines Variablenkomplexes.

Die Wirkung einer Botschaft hängt auch vom *Medium* ab, über das sie transportiert wird. Dies ist darauf zurückzuführen, dass jedes Medium spezifische Möglichkeiten und Grenzen der Informationsverbreitung hat. So etwa können Informationen im Fernsehen zusätzlich mit audio-visuellen Inhalten ergänzt werden. Als Paradebeispiel für die unterschiedliche Wirkung von Kommunikationskanälen gilt die erste Fernsehdebatte 1960 zwischen Richard Nixon und – dem damals noch weitgehend unbekanntem – John F. Kennedy, die letztgenannter vor allem mit Hilfe des Fernsehens gewinnen und damit den Ausgang der Präsidentschaftswahl entscheidend beeinflussen konnte. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass Kennedy bei Fernsehzuschauern besser ankam als Nixon, der wiederum bei Wählern, die das Duell am

Radio verfolgt hatten, besser abschnitt. Den Unterschied machten offenbar Aussehen, Mimik und Gestik der Kandidaten (z. B. Druckman, 2003). Wirkungsunterschiede zeigen sich aber auch bei anderen Medien. So legen Studien zum Erwerb von politischen Kenntnissen nahe, dass traditionelle Massenmedien vor allem die Aufnahme von Faktenwissen unterstützen, das Internet aufgrund seiner Hyperlinkstruktur hingegen eher zum Erlernen von Zusammenhängen beiträgt (Dalrymple & Scheufele, 2007).

Schließlich wird die Wirkung einer Botschaft vom Profil des *Rezipienten* mitbestimmt. Dabei spielen erstens soziale Merkmale (z. B. Geschlecht, Alter, Bildung) eine Rolle. So etwa haben schon die ersten systematischen Untersuchungen zur Wirkung von Propaganda gezeigt, dass Richtung und Stärke von Einstellungsänderungen vom Bildungsgrad der Rezipienten abhängen (Hovland, Lumsdaine, & Sheffield, 1949). Zweitens ist der Grad der politischen und kognitiven Involvierung eine wichtige Größe, die Medieneffekte moderiert. Dabei ist einerseits an Vorkenntnisse über die in der Botschaft angesprochene Thematik zu denken (z. B. Young, 2004), andererseits an Motivationen, die z. B. den Verarbeitungsmodus – und damit auch das persuasive Potenzial – einer Nachricht beeinflussen (z. B. Petty, Briñol, & Priester, 2009). Drittens sind langfristig stabile Prädispositionen wie die Parteiidentifikation Faktoren, die über die Wirkung einer Nachricht entscheiden. Solche Prädispositionen übernehmen mindestens zwei Funktionen. Einerseits steuern sie den selektiven Umgang mit Informationen, schützen also Rezipienten vor mit den eigenen Dispositionen nicht zu vereinbarenden Medieninhalten (z. B. Bartels, 2002). Andererseits fungieren sie als Heuristiken, die für eine ressourcensparende Verarbeitung von politischen Inhalten sorgen (z. B. Rahn, 1993). Viertens kann auch der Grad an physiologischer Erregung, Stimmungen und Emotionen Einfluss auf die Wirkung eines medialen Stimulus haben (z. B. Kühne, Schemer, Matthes, & Wirth, 2011). Schließlich beeinflussen fünftens Persönlichkeitseigenschaften die Wirkung einer Botschaft. So etwa zeigen Untersuchungen zu *Negative Campaigning*, dass der Effekt von Angriffen von der grundsätzlichen Konfliktbereitschaft (Fridkin & Kenney, 2019) und damit zusammenhängenden Persönlichkeitsmerkmalen wie z.B. der Verträglichkeit abhängt (Weinschenk & Panagopoulos, 2014).

### 3.3 Wirkungstypen

Medieneinflüsse können erstens danach differenziert werden, auf welcher *Ebene* sie auftreten: auf der Mikroebene (also beim einzelnen Rezipienten) oder auf der Makroebene (also beispielsweise der Bevölkerung in Deutschland). Vielfach zeigt sich, dass auf der Makroebene beobachtete Einflüsse stärker ausfallen als Effekte auf der Mikroebene (z. B. Maurer, 2004). Zweitens kann man Medienwirkungen nach ihrer *Dauerhaftigkeit* unterscheiden. Besonders häufig werden Kurzfristeffekte untersucht. Studien, die Langfristwirkungen im Blick haben, sind hingegen deutlich seltener. Drittens unterscheiden sich Medienwirkungen danach, ob sich die *Intention* der Botschaft auch einstellt. Aus Sicht des Senders sollten medial transportierte Nachrichten ihre beabsichtigte Wirkung natürlich auch entfalten. Allerdings wird immer wieder beobachtet, dass mediale Botschaften ohne Einfluss bleiben oder sogar nicht-intendierte Effekte haben (wie z. B. der Effekt von negativen Wahlkampfbotschaften; z. B. Lau, Sigelman, & Rovner, 2007). Medienwirkungen können schließlich viertens nach ihrer *Unmittelbarkeit* eingeteilt werden. Grundsätzlich kann man direkte Medienwirkungen, d. h. durch den un-

## XXI.

# Politische Psychologie und Resilienz

*Shaul Kimhi und Yohanan Eshel*

### 1. Einleitung und Definition von Resilienz

Die politische Psychologie gilt als interdisziplinäre Fachdisziplin, die sich dem Verständnis von Politik, Politikern und politischem Verhalten aus einer psychologischen Perspektive widmet (Mols & Hart, 2018). Gleichzeitig nimmt sie Anleihen bei einer Vielzahl anderer wissenschaftlicher Disziplinen wie beispielsweise den Kommunikations- oder Wirtschaftswissenschaften oder auch der Philosophie. Laut Cottam et al. (2010) zielt die politische Psychologie darauf ab, die interdependenten Beziehungen zwischen Individuen und ihren Kontexten zu verstehen, deren Überzeugungen, Einstellungen, Motivationen, Wahrnehmungen, Kognitionen, Lernstrategien und Sozialisation den Einflüssen jener ausgesetzt sind. Zu den psychologischen Konzepten, die in den letzten Jahren verstärkt Eingang in die politische Psychologie gefunden haben, gehört auch das Konzept der Resilienz, nicht zuletzt aufgrund der engen Verzahnung zwischen der Bewältigung von Katastrophen verschiedener Art (z. B. Naturkatastrophen, Kriege und Terror oder Epidemien wie die jüngste COVID-19-Pandemie) und der Politik. Diese Verbindung ist allerdings häufig reziprok, da zur Bewältigung von Katastrophen nicht nur politisches Handeln erforderlich ist, sondern letzteres auch in Katastrophen münden kann.

Trotz seiner offensichtlichen Bedeutung für die politische Psychologie ist das Konzept der Resilienz immer noch eher abstrakt. Metaphern wie "wieder auf die Beine kommen" beispielsweise sind sehr ansprechend und lebendig, sagen aber nur wenig darüber aus, was Resilienz bedeutet, was sie in einem breiten Spektrum politischer Maßnahmen und Praktiken bewirkt oder welche Wirkung sie auf wen und warum haben sollte (Brassett, 2015).

Das ursprüngliche Konzept der Resilienz stammt aus der Materialphysik und wird als die maximale Energie definiert, die innerhalb der Elastizitätsgrenze absorbiert werden kann, ohne eine dauerhafte Verformung zu verursachen (siehe z. B. Roylance, 2001). Sozialwissenschaftler nutzen das Konzept der Resilienz, um die Fähigkeit von Menschen zu beschreiben, angemessen mit Stress und anderen Widrigkeiten umzugehen. Masten (2018) definiert Resilienz als "das Potenzial der manifestierten Fähigkeit eines dynamischen Systems, sich erfolgreich an Störungen anzupassen, die die Funktion, das Überleben oder die Entwicklung des Systems bedrohen" (S. 187), während die American Psychological Association (APA) Resilienz als einen Prozess definiert, schwierige Erfahrungen zu überstehen sowie sich gut an Widrigkeiten, Traumata, Tragödien, Bedrohungen oder bedeutende Stressquellen anpassen zu können (APA, 2014). In zwei wesentlichen Punkten konnte die Resilienzforschung in der Vergangenheit bereits Einigkeit erzielen: Erstens wird das Konzept der Resilienz häufig herangezogen, um die individuelle Fähigkeit zu untersuchen, mit Stress und Widrigkeiten umzugehen (Ajdukovic et al., 2015; Bonanno, 2004; Luthar et al., 2000; Suedfeld, 2015). Zweitens gilt Resilienz als ein komple-

xes, vielschichtiges Konzept, dessen Messung eine umfangreiche Debatte ausgelöst hat (z. B. Bonanno et al., 2015). Experten sind sich beispielsweise darin einig, dass Resilienz als komplexes Konstrukt unterschiedlich definiert werden muß, je nachdem ob man die Resilienz von Individuen, Familien, Organisationen, Gesellschaften oder Kulturen untersucht (Southwick et al., 2014). In der politischen Psychologie werden drei Arten von Resilienz am häufigsten untersucht: individuelle, gemeinschaftliche und nationale Resilienz.

**Individuelle Resilienz** wird als stabiler Verlauf eines gesunden individuellen Funktionierens nach einem sehr widrigen Ereignis definiert (Bonanno, 2004). Cacioppo, Reis und Zautra (2011) definieren individuelle Resilienz auch als "Fähigkeit, positive Beziehungen aufzubauen, sich in ihnen zu engagieren und aufrechtzuerhalten sowie Stressfaktoren und soziale Isolation auszuhalten und sich davon zu erholen" (S. 44). In ihren Forschungsarbeiten gelangen beispielsweise Hjemdal et al. (2011) zu dem Ergebnis, dass individuelle Resilienz in einem signifikant negativen Verhältnis zu Depressionen, Ängsten, Stress und Zwangssymptomen steht. Zudem kommt individueller Resilienz in der aktuellen Forschung eine größere Bedeutung zu als anderen Resilienzformen. Darüber hinaus ermöglicht die individuelle Resilienzforschung kontrollierte Studien, die auch die Messung von Gehirnaktivitäten umfassen.

Gemäß Bonanno et al. (2015) bezieht sich die **Resilienz einer Gemeinschaft** konkret auf die Interaktionen zwischen Individuen und ihrer Gemeinschaft und beschreibt zum einen den Erfolg dieser Gemeinschaft, die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu erfüllen, und zum anderen die Anstrengungen der Gemeinschaft, ihre Mitglieder zu unterstützen. Eine jüngere Studie legt beispielsweise den Schluss nahe, dass die Resilienz einer Gemeinschaft deren allgemeine Befähigungen stärkt, ihren Mitgliedern soziale Unterstützung und andere Ressourcen zur Verfügung stellt und Auswirkungen negativer Erlebnisse wie ausgesetzte Risiken, missverständliche Kommunikation oder auch Traumata abmildert (Patel et al., 2017).

**Nationale Resilienz** ist ein recht weit gefasstes Konzept, das sich mit Fragen der sozialen Nachhaltigkeit und Widerstandskraft in verschiedenen Lebensbereichen, wie zum Beispiel dem Vertrauen in die Integrität der Regierung, des Parlaments und anderer nationaler Institutionen, dem Glauben an soziale Solidarität und dem Patriotismus (Ben-Dor et al., 2002), befasst. Allerdings belegt eine Analyse der aktuellen einschlägigen Literatur, dass sich nur eine relativ geringe Anzahl empirischer Studien mit nationaler Resilienz befasst (siehe z. B. Kimhi & Eshel, 2019).

## 2. Resilienzmessung

### 2.1 Die Bedeutung der Resilienzmessung

Resilienz gilt als abstraktes Konzept, das zur Messung einer operationellen Definition bedarf. Grundsätzlich ist hierbei zwischen selbstberichteten Messungen wie mittels Fragebögen und Verhaltensmessungen wie beispielsweise mittels der Beobachtung wirtschaftlicher oder kultureller Aktivitäten zu unterscheiden. Unabhängig von der konkreten Messweise wird Resilienz als ein wichtiger Indikator für das Wohlbefinden und die Integrität von Individuen, Gemeinschaften und Nationen bewertet. Resiliente Personen weisen ein höheres Maß an positiven psychologischen Eigenschaften und ein geringeres Maß an Ängsten und anderen Stresssympto-

## Die Autorinnen und Autoren

Kai **Arzheimer**, Dr. phil., Professor für Deutsche Innenpolitik und Politische Soziologie, Institut für Politikwissenschaft, Fachbereich 02, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

E-Mail: arzheimer@politik.uni-mainz.de

Daniel **Bar-Tal**, Ph.D., Branco Weiss Professor of Research in Child Development and Education an der School of Education, Tel Aviv University, Israel

E-Mail: daniel@post.tau.ac.il

Simon **Bein**, M.A., Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg

E-Mail: Simon.Bein@politik.uni-regensburg.de

Klaus **Boehnke**, Dr. phil., Professor für Social Science Methodology an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), Jacobs University Bremen

E-Mail: k.boehnke@jacobs-university.de

Franziska **Deutsch**, Ph.D., Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), Jacobs University Bremen

E-Mail: fdeutsch@bigsss-bremen.de

Yohanan **Eshel**, Ph.D., Professor Emeritus Haifa Universität und Tel Hai College, Israel

E-Mail: yochi\_eshel@hotmail.com

Ofer **Feldman**, Ph.D., Professor of Political Psychology and Behavior, Faculty of Policy Studies, Doshisha University, Kyoto, Japan

E-Mail: ofeldman@mail.doshisha.ac.jp

Stanley **Feldman**, Ph.D., Professor of Political Science, Stony Brook University, Stony Brook, NY, USA

E-Mail: stanley.feldman@stonybrook.edu

Cornelia **Frank**, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Gruppendynamikerin, psychodynamischer Business-Coach und Führungskräfteentwicklerin

E-Mail: cornelia.frank@web.de

Henrik **Gast**, Dr. phil., Politikwissenschaftler und Psychologischer Psychotherapeut in Ausbildung am Institut für Psychologische Psychotherapie (IPP) in Bochum

E-Mail: henrik.gast@googlemail.com

Raynee **Gutting**, Ph.D., Lecturer, Department of Government, University of Essex, Großbritannien

E-Mail: Raynee.gutting@essex.ac.uk

Katja **Hanke**, Ph.D., Professorin für Psychologie, Hochschule der Wirtschaft für Management, Mannheim

E-Mail: Katja.hanke@hdwm.org

Die Autorinnen und Autoren

---

Sascha **Huber**, Dr. rer. pol., Professor für Empirische Politikforschung, Institut für Politikwissenschaft, Fachbereich 02, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

E-Mail: [huber@politik.uni-mainz.de](mailto:huber@politik.uni-mainz.de)

Leonie **Huddy**, Ph.D., Professor of Political Science, Stony Brook University, Stony Brook, NY, USA

E-Mail: [leonie.huddy@stonybrook.edu](mailto:leonie.huddy@stonybrook.edu)

Anke **Hufer-Thamm**, Dr. rer. nat., Abteilung Psychologie: Differentielle Psychologie, Fakultät für Psychologie und Sportwissenschaft, Universität Bielefeld

E-Mail: [ankehufer@aol.com](mailto:ankehufer@aol.com)

Rajiv S. **Jhangiani**, Ph.D., Associate Vice President, Teaching and Learning, Kwantlen Polytechnic University, Surrey, BC, Kanada

E-Mail: [rajiv.jhangiani@kpu.ca](mailto:rajiv.jhangiani@kpu.ca)

Christian **Kandler**, Dr. rer. nat., Professor für Persönlichkeitspsychologie und Psychologische Diagnostik, Institut für Psychologie, Fachbereich 11 – Human- und Gesundheitswissenschaften, Universität Bremen

E-Mail: [ckandler@uni-bremen.de](mailto:ckandler@uni-bremen.de)

Shaul **Kimhi**, Ph.D., Professor Emeritus of Psychology, Tel Hai College, Israel

E-Mail: [shaulkim@telhai.ac.il](mailto:shaulkim@telhai.ac.il)

Angela **Kindervater**, Dr., Professorin für Pädagogische Psychologie, Fakultät Gesundheit an der MSH Medical School Hamburg, University of Applied Sciences and Medical University

E-Mail: [angela.kindervater@medicalschooll-hamburg.de](mailto:angela.kindervater@medicalschooll-hamburg.de)

Bernhard **Leidner**, Ph.D., Department of Psychological and Brain Sciences, University of Massachusetts Amherst, USA

E-Mail: [bleidner@psych.umass.edu](mailto:bleidner@psych.umass.edu)

Mengyao **Li**, Ph.D., Senior Research Fellow, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn

E-Mail: [li@coll.mpg.de](mailto:li@coll.mpg.de)

Brian **Lickel**, Ph.D., Department of Psychological and Brain Sciences, University of Massachusetts Amherst, USA

E-Mail: [blickel@psych.umass.edu](mailto:blickel@psych.umass.edu)

Jürgen **Maier**, Dr. rer. pol., Professor für Kommunikationswissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft am Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften, Universität Koblenz-Landau

E-Mail: [maierj@uni-landau.de](mailto:maierj@uni-landau.de)

Michael F. **Meffert**, Ph.D., Lecturer of Political Psychology and Political Communication, Institute of Political Science, Leiden University, Niederlande

E-Mail: [m.f.meffert@fsw.leidenuniv.nl](mailto:m.f.meffert@fsw.leidenuniv.nl)

Michaela **Pfundmair**, Dr. phil. habil., Professorin für Nachrichtendienstpsychologie, Fachbereich Nachrichtendienste, Hochschule des Bundes, Berlin

E-Mail: michaela.pfundmair@hsbund-nd.de

Jerrold M. **Post**<sup>†</sup>, M.D., Professor of Psychiatry, Political Psychology, and International Affairs und Director of the Political Psychology Program, The Elliott School of International Affairs, The George Washington University, Washington, D.C., USA

Anna-Maria **Renner**, Dr. rer. pol., Abteilungseinheit Politische Kommunikation, Abteilung Politikwissenschaft, Institut für Sozialwissenschaften, Universität Koblenz-Landau

E-Mail: annamaria.renner.amr@googlemail.com

Rainer **Riemann**, Dr. phil., Professor für Differentielle Psychologie, Persönlichkeitspsychologie und Psychologische Diagnostik, Abteilung Psychologie, Fakultät für Psychologie und Sportwissenschaft, Universität Bielefeld

E-Mail: rainer.riemann@uni-bielefeld.de

Susanne **Rippl**, Dr. rer. soc., Professorin für Soziologie, Institut für Soziologie, Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, Technische Universität Chemnitz

E-Mail: susanne.rippl@soziologie.tu-chemnitz.de

Tobias **Rothmund**, Dr. phil., Professor für Kommunikations- und Medienpsychologie, Institut für Kommunikationswissenschaft, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Friedrich-Schiller Universität Jena

E-Mail: tobias.rothmund@uni-jena.de

Christian **Seipel**, Dr. rer. soc., Institut für Sozialwissenschaften, Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Universität Hildesheim

E-Mail: seipel@uni-hildesheim.de

Markus **Steinbrecher**, Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Oberrat im Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

E-Mail: MarkusSteinbrecher@bundeswehr.org

Peter **Suedfeld**, Officer of the Order of Canada, Ph.D., Fellow of the Royal Society of Canada, Docteur de l'Université (hon.), Nîmes, Dean Emeritus of Graduate Studies und Professor Emeritus of Psychology, The University of British Columbia, Vancouver, BC, Kanada

E-Mail: psuedfeld@psych.ubc.ca

Linda R. **Tropp**, Ph.D., Professor, Department of Psychological and Brain Sciences, University of Massachusetts Amherst, USA

E-Mail: tropp@psych.umass.edu

Soli **Vered**, Ph.D., Education Department der Association for Civil Rights in Israel

E-Mail: soli.vered@gmail.com

Sonja **Zmerli**, Dr. rer. soc., Professorin für Politische Soziologie, Institut d'Études Politiques de Grenoble, Frankreich

E-Mail: sonja.zmerli@iepg.fr

## Sachregister

- Abschreckungspolitik 420–422, 426  
Abwehrmechanismen 413, 422, 423, 425, 426  
Adoptionsfamilien 240  
Adoptionsstudien 237, 239, 240, 242  
Adoptionsverwandte 240  
Affekt 15, 16, 18, 40, 54, 88, 105, 113, 114, 117, 132, 233, 276  
affektiv 15–17, 20, 24, 55, 86, 88, 89, 106, 113–121, 130, 131, 134, 137, 152, 188, 199, 218, 224, 229, 245, 253, 275, 318, 320, 326, 334, 340, 363, 380, 458, 463  
afroamerikanisch 315, 331  
Agenda-Setting 20, 284–286  
Ägypten 375, 432, 433  
Al-Qaida 263, 264, 375–379  
Algerien 375, 432  
Altruismus 26, 364  
Amygdala 32, 121, 232, 233, 236, 245  
Amygdalaaktivierung 32  
Anschlussmotiv 207, 214  
antihomosexuell 332  
antimuslimisch 255, 333  
antisemitisch 322, 332, 372  
Antisemitismus 61, 165, 175, 177, 178, 192, 196, 255  
Antiziganismus 192  
Arousal 117  
Attitude Polarization 118  
Attributionsfehler 33  
Attributionstheorie 20, 210, 211, 225  
Aufmerksamkeit 16, 61, 105–107, 114, 115, 117, 120, 160, 161, 168, 178, 199, 213, 214, 229, 235, 259, 265, 275, 299, 305, 320, 323, 358, 363, 372, 378, 404, 418, 420, 422, 463  
Australasien 25  
Australien 253, 256  
Autonomie 64, 181, 183, 195, 340  
autoritäre Aggression 166, 178, 179, 183  
autoritäre Persönlichkeit 26, 30, 41, 88, 89, 154, 155, 175–178, 181, 185–188, 191–193, 195, 464  
Autoritarismus 24, 30, 31, 41, 64, 155, 158, 165, 166, 175, 176, 178–183, 185–187, 190–196, 214, 239, 240, 243, 333  
Autoritarismusforschung 20, 41, 86, 89, 175, 176, 179, 182, 185–187, 193–196  
Autoritarismuskonzept 175, 183, 185, 187  
Autoritarismuskala 181, 183, 187  
Autoritarismuswerte 185  
Baader-Meinhof 369, 370  
Bezugsgruppe 19, 83, 92–94, 96, 131, 132, 200, 201, 208–211  
Bias 118, 397, 398, 419  
Big Five 62, 155, 156, 184, 193, 206, 212, 214, 225, 463  
Bindungstheorie 20, 187, 188, 190  
Botschaft 251, 259, 265, 268, 269, 275–283, 288, 299, 324, 326, 327, 372, 376, 378, 434, 445  
Bounded Rationality 105  
Brasilien 255  
BRD 49, 50, 186, 369  
Bundeskanzler 206, 215, 223, 395, 396  
Bundeskanzlerin 105, 215, 225, 396  
Charakter 25, 30, 34, 41, 43, 61, 64, 106, 107, 112, 119, 150, 151, 156, 160, 175, 177, 186, 192, 196, 200, 204, 244, 253, 315, 319, 321, 324, 362, 373, 422, 423, 432, 441  
China 65, 257, 260, 347, 348, 390  
Civic Culture 43, 341  
Civic Education 19, 83, 85, 94, 95  
Committee for the Psychological Study of Peace (CPSP) 48, 53  
Compellence 420  
Confirmation Bias 118  
DDR 48, 51, 163, 164, 186  
Dealignment 132, 133, 283  
Demokratie 40, 42, 94, 95, 136, 163–166, 209, 212–215, 218, 220–223, 267, 341, 342, 348, 437, 442  
Demokratie lernen 94  
demokratiefördernd 94  
Demokratieverständnis 87  
Deprivation 166  
Deradikalisierung 380  
Deterrence 420  
Deutschland 18, 19, 39, 43–47, 49, 51–55, 87, 88, 94, 127, 128, 130, 132–134, 141, 149, 155, 162, 164–168, 187, 195, 199, 213, 215, 220, 221, 244, 256, 257, 262–264, 273, 278, 315, 329, 332, 348, 349, 368–370, 372, 400, 418, 432, 443, 464  
Disconfirmation Bias 118  
Diskriminierung 13, 167, 175, 182, 318, 320, 322, 330–332, 361, 440, 443  
Diskurs 24, 46, 55, 69, 216, 251–253, 256, 257, 260, 263, 266–270, 305, 350, 434  
Dispositions-Struktur-Bias 419  
Downs 127, 135

- Dschihad 374–378  
Dynamic Process Tracing Environment 119  
Egalitarismus 340  
Eigengruppe 165, 176, 178, 183, 296, 297, 300–309, 317, 318, 328, 333, 345, 431, 432, 434–436  
Eigenschaften 20, 25, 26, 29, 31, 42, 62, 63, 67, 73, 74, 104, 106, 110, 201, 203–207, 209, 213, 215, 216, 222, 232, 234, 267, 276, 280, 285, 286, 288, 296, 298, 301, 320, 324, 325, 333, 385, 386, 404, 411, 418, 419, 432, 454, 455, 458  
Einstellungen 7, 13, 14, 16, 19, 20, 25, 27, 28, 30, 40–42, 64, 66, 67, 69, 72–78, 84, 86, 87, 90, 92–96, 103–105, 108, 109, 112–118, 121, 122, 128, 129, 131, 132, 134, 135, 140–142, 151–157, 160, 161, 163, 164, 166, 175, 176, 178–180, 182, 183, 185, 187, 189, 191, 193, 195, 208, 229, 232, 233, 235, 238–241, 243–246, 252, 253, 255, 259, 266–268, 274–276, 279–284, 286, 288, 298, 299, 302–304, 315, 316, 318, 320, 322, 326–328, 332–334, 337, 339, 341, 342, 347, 351, 360, 424, 435–438, 444–446, 453  
Einstellungssystem 128, 132  
Elektroenzephalografie (EEG) 121, 234, 236  
emanzipatorische Werte 342, 343, 345  
Emotion 13, 16, 54, 62, 67, 88, 105, 113, 114, 121, 128, 188, 191, 206, 245, 246, 251, 255, 275, 276, 278, 282, 283, 303, 307–309, 317, 344, 349, 363, 385, 386, 404, 405, 411, 412, 421–426, 432, 435, 438, 441, 445, 446, 459, 463  
emotionale Überzeugung 421  
Empathie 33, 55, 88, 96, 184, 190, 191, 220, 255, 304–308, 333  
Entitativität 297, 298  
Entscheidungsregeln 105, 109–111, 138  
Entwicklungsaufgaben 83, 84, 88–90  
Erblichkeit 73, 156, 237–241  
Erfahrungen 18, 42, 62–67, 69, 70, 72, 74, 75, 78, 86, 87, 89, 106, 114, 119, 155, 156, 167, 179, 188, 189, 194, 203, 218, 229, 242–244, 246, 260, 262, 264, 280, 284, 296, 302, 306, 307, 320, 343, 347, 350, 398, 439, 440, 446, 453  
Erziehungsstil 89, 91, 96, 177, 179, 181, 186  
Eskalationseffekt 299  
Ethnie 315, 316, 318, 328, 330–332, 422, 423  
ethnisch 14, 21, 113, 117, 165, 166, 176, 295, 296, 302, 316, 320, 321, 325, 327–329, 332–334, 348, 366, 390, 413, 422–425, 442, 464  
Ethnozentrismus 34, 73, 165, 178, 182, 187, 302, 333  
Extraversion 62, 67–72, 75, 155, 156, 205, 207, 212  
Extremismus 357, 358, 380  
Familie 15, 19, 23, 26, 41, 67, 78, 83, 85–87, 89, 91–93, 96, 155, 156, 175–178, 180, 187, 188, 192, 194, 226, 227, 229, 237, 238, 240, 241, 244, 262, 320, 330, 363–365, 370, 454, 456–458  
Faschismus 41, 47, 153, 178  
Fatah 374, 375  
Favorisierung 231  
Figuren 26, 217  
First Image 387, 392, 404  
Forum Friedenspsychologie 51  
Framing 20, 127, 139–142, 284, 286, 389, 414, 415, 417  
fremdenfeindlich 91, 166, 191, 255, 266, 333  
Fremdenfeindlichkeit 83, 302  
Fremdgruppe 20, 21, 165, 296, 297, 301, 302, 304–309, 317, 318, 327, 329, 333, 345, 436  
Fridays for Future-Bewegung 96, 97  
Frieden 48–51, 53, 151, 161, 257, 262, 266, 306, 309, 340, 343, 345, 431, 432, 435, 437–439, 441, 442, 447  
Friedensbewegung 434, 444  
Friedensethos 440, 441, 443  
Friedensforschung 21  
Friedenskonsolidierung 21, 431–433, 443–447  
Friedenskultur 437  
Friedensprozess 346, 432, 433, 435–437, 439, 444  
friedenspsychologisch 48, 50, 53  
Friedensschaffung 432–436, 443, 444  
friedliche Beziehungen 432, 433, 437–439, 441, 443, 444, 446  
führerzentrierte Ansätze 202  
Führungsstil 200, 201, 203–209, 212–218, 220, 221, 386, 397–400, 404, 464  
Fünf-Faktoren-Modell 62–64, 71, 74, 155  
Gedächtnis 16, 105, 106, 108, 109, 120, 121, 347, 435  
gefolgschaftszentrierte Ansätze 202, 464  
Generation 44, 95–97, 134, 238, 239, 241, 244, 346, 360, 362, 363, 365, 368–370, 389, 394, 463  
Genetik 15, 230  
genetisch 20, 25–27, 32, 63, 72, 73, 88, 117, 155, 156, 158, 167, 229–231, 237–247, 330–332, 417, 456, 463  
Genom-weite Assoziationsstudie (GWAS) 230

- Geschlecht 13, 17, 26, 70, 88, 93, 182, 204, 241, 276, 278, 295, 298, 315, 316, 320, 323–325, 328, 333, 361, 417  
 gesellschaftliche Modernisierung 90  
 Gewalt 23, 27, 34, 49, 85, 91, 93, 151, 165, 236, 266, 295, 300, 302–304, 308, 309, 320, 345, 357–361, 365–367, 369, 371, 374, 378, 433, 435–437, 439, 442, 457, 458  
 Gewissenhaftigkeit 62, 63, 66, 67, 69, 70, 72, 74, 75, 155, 156, 167, 205, 206, 212, 214, 216, 246  
 Großbritannien 43, 328, 329, 361, 365, 432  
 group polarization *Siehe* Gruppenpolarisation  
 Gruppenautoritarismus 183  
 Gruppendenken 296, 298  
 Gruppendynamik 27, 296, 371  
 Gruppenidentifikation 297, 300, 318  
 Gruppennorm 17, 296, 298–300, 307  
 Gruppenpolarisation 298, 299  
 Hamas 372, 374, 375  
 Heuristik 112, 128, 130, 136, 138, 390  
 Hisbollah 372–374  
 Hispanoamerikaner 319  
 Holocaust 25, 192, 295, 329, 347, 349, 372  
 Homophobie 192, 255  
 Impliziter Assoziationstest (IAT) 77, 321  
 Individualismus 40, 42, 65, 236, 328, 339  
 individuelle Resilienz 454  
 Information Board 119  
 Informationsauswahl 105, 109–111, 115  
 Informationsverarbeitung 13, 15, 19, 20, 27, 54, 103–109, 111–116, 118, 119, 121, 134, 159, 213, 234, 235, 275, 277, 282, 288, 323  
 Institut für Sozialforschung (IfS) 46, 47, 49, 50, 175, 176, 194  
 Interaktionismus 32  
 Intergruppen 175, 297, 337, 344, 346  
 Intergruppenbeziehungen 20, 23, 183, 229, 231, 233, 295, 297, 299, 305, 306, 308, 309, 318, 436–438  
 Intergruppenkonflikte 20, 182, 295, 300, 301, 303–305, 307, 308, 310, 337, 343, 346  
 Intergruppenphänomen 175  
 Intergruppenstereotype 321  
 Intergruppenvergebung 343–346  
 Intergruppenverhalten 296, 317  
 Intergruppenvorurteile 20, 33, 315, 316, 321  
 International Society of Political Psychology (ISPP) 25, 52, 195  
 Intifada 302, 374, 459  
 Irak 256, 267, 300, 304, 306–308, 348, 378, 396, 399, 400, 402–404  
 Iran 187, 194, 372, 373  
 Irisch-Republikanische Armee (IRA) 365  
 Israel 25, 33, 260, 266, 267, 302, 306, 307, 309, 329, 348, 350, 364, 371–375, 432, 433, 459, 460  
 Japan 65, 187, 193, 244, 258, 259, 261, 263, 265, 268, 347–350  
 Jemen 376, 378, 380  
 Jordanien 363, 364  
 Juden 155, 165, 166, 295, 301, 302, 308, 316, 322, 329, 372, 376  
 Jugend 44, 83, 84, 86, 90–92, 95–97, 131, 163, 167, 179, 180, 195, 366, 368, 369  
 Kandidat 17, 24, 26, 32, 67, 70, 110, 128, 129, 131–133, 135–137, 142, 159, 214, 218, 219, 234, 235, 265, 266, 268, 278, 286, 324–327, 334  
 Kategorisierung 296, 309, 316–318, 399  
 Kenia 376  
 Kindheit 40, 41, 44, 83, 86, 88, 91, 95–97, 131, 176, 188, 203, 242  
 Klimawandel 97, 161, 162  
 Kognition 15, 18, 88, 107, 117, 157, 196, 204, 233, 234  
 Kognitionsbedürfnis 117, 118  
 Kollektivismus 65, 236, 339  
 Konflikt 14, 18, 21, 27, 40, 53, 55, 115, 131, 188, 194, 203, 218, 220, 221, 232, 235, 256, 258, 295, 296, 300, 301, 303–309, 321, 339, 340, 343–349, 357, 380, 390, 393, 396, 398, 411–413, 416, 419, 420, 422–426, 431–438, 440–444, 446, 447  
 Konfliktbeilegung 432–434, 438, 439, 441  
 Konflikteskalation 412, 413, 422, 424  
 Konfliktethos 434–436  
 Konfliktforschung 21, 386, 411–413, 416–418, 422–425, 427  
 Konfliktkultur 431, 435, 444  
 Konfliktlösung 23, 27, 85, 303, 307, 309, 424, 433, 437, 438  
 Konservatismus 26, 32, 64–66, 72–74, 76, 153, 155–160, 167, 222, 232, 235–237, 239–246  
 Koran 260, 267, 373, 374  
 Kortex 232–234  
 – anteriorer cingulärer 232  
 Kritische Psychologie 50  
 Kultur 14, 15, 21, 28, 39, 41–43, 62, 63, 65, 72, 78, 84, 186, 193, 194, 196, 213, 220, 237, 238, 243, 246, 259, 265, 301, 302, 305, 306, 320, 321, 323, 328, 337–343, 345, 348–351,

Sachregister

- 360, 366, 432, 437, 438, 440, 442–446, 454, 456
- Kurdische Arbeiterpartei, Partiya Karkeran Kurdistan (PKK) 366, 377
- Leader 208, 224, 226, 227
- Leadership 21, 23, 199, 202, 203, 205, 207, 210, 211, 222, 223, 225–227, 262, 386, 387, 396, 398, 404, 418, 426
- Leistungsmotiv 207, 219
- Leuchtender Pfad 367
- Machiavellismus 40, 204, 212
- Machtmotiv 207, 216, 220
- Magnetresonanztomographie (MRT) 121, 230, 232
- fMRI 121
- fMRT 33, 234, 236
- Massenkommunikation 132, 274
- Massenmedien 20, 30, 55, 129, 273, 274, 276, 278–286, 288, 299, 434, 444
- Medien 14, 19, 21, 61, 78, 83, 85, 91, 93–97, 104, 112, 118, 215, 243, 251, 255, 260, 267, 273, 274, 278, 280, 282–286, 303–305, 326, 379, 436
- Medienkonsum 85, 93, 280
- Medienwirkung 93, 273, 276, 280, 281
- Metapher 252, 254, 262–264, 268, 379, 453
- molekulargenetisch 156, 229, 244
- Moralentwicklung 88
- Motivation 43, 108, 109, 115, 134, 137, 166, 209, 214, 223, 227, 281, 298, 318, 321, 326, 330–332, 371, 397, 398
- motiviertere Kognition 157
- motiviertere Wissenschaftsrezeption 149, 159, 161, 167
- Nakba 364
- Narzissmus 203, 204, 212, 220, 227
- Nationale Resilienz 454, 455, 457
- Nationalismus 166, 175, 192, 377
- Nationalsozialismus 55, 61, 155, 165, 166, 175, 176, 302, 348
- Nativismus 166
- Need for Cognition 117, 118
- Negative Campaigning 225, 278
- Neue Linke 366–368
- Neurotizismus 62, 66, 67, 69, 70, 72, 155, 203, 205, 206
- Neurowissenschaft 20, 32, 33, 229, 231, 235, 236, 245, 247, 412, 463
- Neuseeland 205, 253, 379
- New York 49, 176, 192–194, 196, 222, 223, 225, 226, 330, 331, 377, 459
- Niederlande 134, 268, 308
- Nordirland 306, 345, 363, 433, 436
- Norwegen 47
- ödipale Phase 191
- ödipaler Konflikt 203
- Offenheit für Erfahrungen 62, 63, 65–67, 69, 70, 72, 74, 75, 155, 156, 246
- Öffentliche Meinung 103, 139, 273–275, 280, 287, 288, 316, 320, 334, 445
- Operational Code (OPC) 21, 208, 223, 386, 387, 391–396, 399, 404, 417, 426
- Oxford Handbook of Political Psychology 13, 27, 52, 338
- Palästina 370, 372, 374
- palästinensisch 309, 364, 374, 375, 458
- Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) 364, 370
- Parteiidentifikation 16, 131–135, 278
- Partnerwahl 238, 239
- Peers 85, 86, 89, 91, 92, 94, 96
- Personenwahrnehmung 159
- Persönlichkeit 7, 15, 17–19, 23, 24, 26, 27, 29, 30, 40–42, 54, 61–78, 84, 86, 88, 89, 91, 105, 116, 118, 131, 149, 151, 152, 154–160, 167, 175–178, 180–188, 190–192, 195, 199, 201–204, 206–210, 212–215, 220–222, 224, 227, 231, 238, 246, 259, 263, 278, 287, 288, 297, 315, 319, 324, 325, 339, 386, 387, 392, 394, 396–400, 404, 417, 418, 426, 463, 464
- Persuasion 27, 274, 281, 288
- Peru 25, 367
- politische Gewalt 23, 27, 360, 374, 457, 458
- politische Identität 83–85, 88–90, 92
- politische Ideologie 19, 23, 27, 33, 117, 149–157, 159–162, 167, 168, 243
- politische Kultur 21, 43, 84, 213, 220, 337, 341, 349, 442
- politische Orientierung 13, 20, 25, 43, 64–66, 68, 71–77, 83, 84, 86, 88, 91–93, 96, 132, 156, 229, 232–236, 244, 247, 273, 276, 288
- politische Partizipation 61, 62, 68–70, 87, 89, 93, 95, 97, 127, 299, 342, 442
- politische Rhetorik 20, 251–253, 256, 257, 260, 261, 266, 268, 269
- politische Sprache 251, 256, 267, 270
- politisierte Psychologie 28
- Politisierung 87, 91, 92, 97
- Polyheuristische Theorie (PHT) 21, 386–391, 403, 404
- Populismus 154, 211, 226
- Präsident 27, 52, 53, 117, 201, 204, 207, 208, 212–215, 217–219, 223, 224, 227, 245, 253–

- 257, 260–262, 266, 267, 277, 285, 315, 321, 324, 326, 327, 372, 377, 390–392, 395, 397, 399, 402, 419, 421
- Priming 20, 105, 120, 191, 284–286
- Prior Attitude Effect 118
- Profiler Plus 395, 396, 398, 399
- Prospect Theory 21, 110, 386, 413–417, 426
- Protest 17, 27, 216, 219, 220, 226, 306, 342, 343, 345, 367–369
- Psychoanalyse 40–42, 46, 55, 88, 178, 191, 194
- Radikalisierung 24, 34, 91, 357, 359–362
- Rassismus 166, 192, 315, 317, 329, 332, 334
- Rational Choice-Ansatz 386, 403
- realistische Bedrohung 301
- Rechtsextremismus 49, 83, 90, 149, 162, 165–167, 194, 379
- Rechtspopulismus 165, 166, 222, 226
- Rechtsradikalismus 165, 166
- religiös 26, 34, 44, 85, 113, 238, 260, 263, 267, 295, 301, 321, 341, 357, 358, 371, 372, 374, 457, 458
- Repräsentation 21, 151, 152, 188, 189, 337, 343, 345–349
- Resilienz 21, 453–458
- Resilienzindikator 455
- Resilienzmessung 454
- Resilienzprädiktor 455
- Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) 367
- rhetorische Mittel 252, 254, 264, 265, 268
- Right-Wing Authoritarianism (RWA) 20, 30, 31, 41, 175, 179, 180, 182–184, 190
- Romance of Leadership 211
- Rote Armee Fraktion (RAF) 221, 368–371
- Rubikon-Modell 21, 413, 417, 418, 426
- Russland 187, 362, 390, 400
- Saudi-Arabien 375, 376
- Schule 19, 42, 83, 85, 86, 89, 92–94, 150, 154, 156, 176, 186, 197, 224, 242, 330, 331, 364, 380, 445
- schwarzenfeindlich 326–328, 330, 334
- Schwarzer September 370, 380
- Schweigespirale 287
- Schweiz 51, 200, 206, 220, 367
- Selbsterhöhung 65
- Selbsttranszendenz 65
- selektive Wahrnehmung 115, 116, 282
- Sender 258, 274–277, 282
- Sendero Luminoso (SL) *Siehe* Leuchtender Pfad
- Sicherheitsdilemma 310, 419
- Sigmund-Freud-Institut (SFI) 49, 50
- Slogan 254, 261, 262
- Slowakei 329
- Sowjetunion 262, 371, 375, 376, 416, 419
- soziale Dominanz 20, 182, 196, 197, 333
- Soziale Dominanzorientierung (SDO) 66, 76, 175, 182–184, 190, 192, 235, 239, 244
- soziale Erwünschtheit 75, 77, 166
- soziale Identität 17, 20, 83, 116, 152, 297–299, 307, 318, 345
- soziale Kategorisierung 20, 309, 316–318, 345
- Soziale Medien 93, 112, 274, 379
- soziale Repräsentation 152, 337, 343, 346–349
- Sozialisation 19, 42, 83–86, 88, 89, 91–97, 133, 142, 155, 163, 164, 168, 176, 177, 181, 182, 186, 192, 194, 195, 202, 205, 253, 339, 359, 402, 453, 463
- Sozialisationsforschung 83, 85, 86, 88, 89, 94, 96, 194
- Sozialisationsinstanzen 86, 92–94, 97
- Sozialisationsprozesse 13, 16, 19, 44, 83–86, 88, 89, 92–94, 163, 176
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) 368, 369
- sozialpsychologischer Ansatz 132
- sozio-psychologisches Repertoire 432, 434, 435, 438, 441, 444, 446
- Spanien 366, 432, 438
- Staat 25, 40, 48, 163, 164, 187, 200, 205, 212, 217, 218, 220, 253, 254, 266–269, 309, 310, 325, 358, 365–367, 370, 372, 374, 375, 377–379, 390, 392, 394, 395, 397–401, 411, 415, 416, 419, 421, 422, 426, 438, 442, 443, 445
- Stereotyp 13, 20, 21, 41, 55, 93, 121, 161, 177–179, 233, 297, 315–327, 329, 332–334, 347, 401, 419, 425, 464
- Stimulus-Response-Modell 14, 104, 280, 281
- Stress 32, 55, 161, 176, 296, 401, 453, 454, 461
- Stresssymptom 455, 457
- Striatum 233, 235, 236
- Südafrika 306, 432, 433, 438
- symbolische Bedrohung 185, 301
- System 15, 16, 18–20, 30, 34, 42, 87, 107, 121, 127, 133, 136, 150, 158, 164, 168, 182, 200, 201, 206, 208, 210, 212, 213, 217, 219–221, 224, 225, 238, 256, 267, 274, 276, 281, 337, 340–342, 358, 363, 368–370, 387, 390, 395, 398, 399, 434, 435, 438, 442, 443, 446, 453, 456
- Taiwan 205
- Tansania 376

Sachregister

---

- Terror Management Theorie 158  
Terrorismus 13, 21, 27, 49, 158, 185, 255, 256,  
263, 264, 357–364, 366, 368, 370–372, 375,  
378–380, 396, 403, 464  
The Authoritarian Personality *Siehe* autoritäre  
Persönlichkeit  
Theorie der sozialen Identität 17, 20, 297, 318  
Theorie rationaler Entscheidung 127, 136  
tiefenpsychologische Führungstheorie 203  
Tschechische Republik 329  
Türkei 187, 255  
  
Umwelteinflüsse 237–244, 463  
Ungleichheitsakzeptanz 65, 66, 72, 73, 75, 76,  
235, 244  
Unterwürfigkeit 166, 176, 178–180, 182, 183  
USA 25, 30, 43, 95, 97, 127, 132, 133, 152, 153,  
158–160, 177, 186, 195, 201, 213, 217, 220–  
222, 226, 227, 244, 300, 305, 308, 316, 319–  
329, 331, 333, 348, 364, 367–369, 371, 373,  
376, 377, 379, 400, 416, 419, 420  
  
Veränderungsresistenz 64, 66, 73, 75, 76, 235,  
236  
Verbs in Context System 208, 395  
Verhaltensmuster 32, 33, 63, 208, 220, 351, 424,  
435, 445  
Verlustaversion 388, 389, 403, 413, 414, 416,  
426  
Versöhnung 303, 306, 308, 309, 345, 431–433,  
438–445  
Verstärkung 282, 283  
  
Verteidigungskognitionen 419, 420, 426  
Verträglichkeit 15, 62, 63, 66, 67, 69–72, 75,  
155, 156, 205–207, 212, 214, 246, 278  
Vietnamkrieg 97, 366, 369, 418  
Viktimisierung 307, 432  
Vorurteil 13, 20, 21, 25, 27, 29, 32, 41, 92, 113,  
117, 121, 161, 177, 179, 180, 182, 188, 191,  
229, 231, 233, 234, 295, 299, 302, 306, 315–  
322, 325–334, 464  
  
Wahlbeteiligung 26, 70, 96, 127, 128, 131, 133,  
245, 276, 299  
Wahlverhalten 19, 25, 64, 77, 127–129, 131–  
133, 136, 141, 159, 160, 175, 281, 299  
Warschau 344  
Werte 17, 21, 25, 28–30, 40, 44, 47, 64, 65, 68,  
74, 78, 84, 86, 87, 90, 92, 111, 116, 134, 139,  
140, 151, 152, 161, 162, 164, 177, 178, 183,  
185, 212, 213, 217, 229, 236, 237, 239–241,  
243, 246, 262, 265, 273, 299, 300, 305, 310,  
319, 326, 327, 330–333, 338–343, 345, 346,  
358, 393, 414, 432, 437, 442, 445  
Wertewandel 44, 129, 133, 212, 342  
Wertorientierungen 44, 64, 139, 151, 163, 164,  
342  
Widerstandskraft 454, 457  
Wiedervereinigung 149, 162–165, 256, 257, 281  
World Values Survey (WVS) 340, 342  
Zivilgesellschaft 44, 89, 434, 442, 445  
Zwei-Prozess-Modelle 190, 281, 282  
Zwillingsstudie 240, 244, 463

## Personenregister

- Adorno, Theodor 24, 26, 30, 39, 41, 61, 86, 88, 149, 150, 154, 155, 157, 167, 168, 175–179, 186, 191, 192, 194, 196, 240
- Almond, Gabriel A. 42, 43, 84, 337, 341, 342, 351
- Altemeyer, Robert A. 20, 30, 41, 166, 175, 179–183, 189, 190, 193
- Asahara, Shoko 372
- Azzam, Abdullah 375
- Baader, Andreas 369, 370
- Bastian, Adolf 26, 45
- Biden, Joe 220
- Bin Laden, Osama 375
- Blair, Tony 256, 263, 399, 400, 404
- Bush, George H. 326
- Bush, George W. 255, 256, 262, 305, 377, 402
- Campbell, Angus 127, 131, 134, 231, 232, 234
- Churchill, Winston 262
- Clinton, Bill 226, 227, 255, 262, 390, 391, 395, 416
- Converse, Philip E. 103, 127, 150–152
- Dahl, Robert 144, 201, 222
- Dukakis, Michael 326, 327
- Elliot, Jane 317
- Engels, Friedrich 150
- Erikson, Erik H. 40, 41, 88–90, 151, 339
- Festinger, Leon 115, 129, 282
- Freud, Sigmund 13, 40, 203, 357
- Fromm, Erich 13, 41, 47, 50
- George, Alexander L. 204, 208
- Guzman, Abimael 367
- Heider, Fritz 115, 129
- Hofstede, Geert 205, 224, 337–339, 350
- Honneth, Axel 91, 186, 194
- Horkheimer, Max 176, 194
- Howard, John 255
- Inglehart, Ronald F. 39, 43, 44, 212, 225, 337, 338, 340, 342, 343, 345, 350, 351
- Jacobsen, Walter 49, 50
- Janis, Irving 400
- Jost, John 150
- Kahneman, Daniel 110, 112, 114, 128, 137–141, 413, 414
- Kemal, Mustafa (Atatürk) 366
- Khomeini, Ayatollah 372
- Kohl, Helmut 216, 221, 225, 260
- Kohlberg, Lawrence 88
- Lasswell, Harold D. 40–42, 44, 47, 204, 224, 276, 342
- Lazarsfeld, Paul F. 127–129, 281, 282, 299
- Le Bon, Gustave 45
- Lederer, Gerda 180, 186, 187, 194–196
- Lewin, Kurt 25, 463
- Macron, Emmanuel 200, 212, 217–220, 222–227
- Mannheim, Karl 44, 150
- Maslow, Abraham H. 39, 43, 44
- McGuire, William J. 106
- Meinhof, Ulrike 369, 370
- Merkel, Angela 105, 200, 212, 215–217, 221, 223–226, 315, 396
- Mintz, Alexander 387–389, 402, 403
- Mitscherlich, Alexander 50
- Moscovici, Serge 298, 346, 347, 349
- Nasrallah, Hassan 373
- Noelle-Neumann, Elisabeth 283, 287
- Obama, Barack 117, 212, 224, 227, 253, 255, 262, 315, 321, 322, 326, 327
- Ōmu Shinrikyō 372
- Rabin, Yitzhak 266, 371
- Rau, Johannes 260
- Reagan, Ronald 224, 253, 262, 372
- Reich, Wilhelm 41, 47, 55
- Richter, Horst-Eberhard 50
- Scheich Yassin 374
- Schröder, Gerhard 220, 221
- Tajfel, Henri 17, 52, 297, 317, 318, 412, 422, 425
- Thatcher, Margaret 224, 262, 263
- Trump, Donald J. 134, 200, 212–214, 220–222, 224–226, 254, 255, 266, 267, 327
- Verba, Sidney 42, 341
- Walker, Stephen 208, 227, 385, 392–395, 417, 458, 461
- Welzel, Christian 42, 44, 337, 340–343, 345, 350
- Wundt, Wilhelm 13, 49
- Zaller, John 103, 117, 139, 140, 277, 284